

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetze finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1. — Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einreichung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 23

Sonnabend, den 4. Juni 1927

31. Jahrgang

Pfingsten.

„Und meinst du auch, ein Pfingsten blüht dir nicht,
Weil eng dein Haus
Und arm an Sonne, arm an Luft und Licht —
Geh' nur hinaus.
Denn nicht zur Plage, nicht zur Sorge schlägt
Dir heut' die Uhr.
Es ist ein Tag, der stille Freuden trägt.
Suche nur.“

Die Tage der Pfingsten feierten schon unsere Vorfahren dadurch, daß sie der wiedererstandenen Natur ihren Dank darbrachten. Auch ruht uns das Pfingstfest in Erinnerung wie die Jünger des Nazareners vor beinahe 2000 Jahren den Tod ihres Führers beklagten. Die Pfingsttage verleihen ihnen neue Kräfte, sie warben für neue Ideen mit vielen beredeten Zungen und riefen so die erste Gemeinde ins Leben von unbewußt sozialistisch angehauchten Brüdern und Schwestern.

So wie schon vor 2000 Jahren die Pfingsttage neuen Geist und Belebung brachten, bringen sie Jahr für Jahr durch die neu erwachte Natur dem einzelnen und der Gesamtheit die Belebung, das Aufatmen. In dem einleitenden und am Schluß stehenden Verschen hat dem der bekannte Arbeiterdichter Ernst Preckang sehr treffend und schön Ausdruck verliehen. Ja, „Suche nur!“

Nicht und Sonne, Grünendes und Blumen bedeuten und bedingen immer Leben, bergen in sich immer den Willen zum Entfalten, wie ein solcher auch dem einzelnen Individuum und ihrer Gesamtheit nicht mangeln darf. Dieser Wille ist vor allem eigen: dem denkenden, also dem organisierten Arbeiter, dessen Einzelwille zusammenfließt — beinahe schnurstracks — zu einer Einheit in seiner Gewerkschaft. Das zeigte sich so recht deutlich in den Verhandlungen unseres Verbandstages in Frankfurt a. M. Wohl hier und da kleine Abweichungen, aber doch letzten Endes ein Wille, geäußert von der großen Mehrheit auf dem Verbandstage. Deshalb geht von ihm aus: eine Befruchtung, Belebung für die Organisation der Stein- und Straßenbauarbeiter, um die Organisation noch lebendiger zu gestalten, noch blühender zur Entfaltung zu bringen. Vielleicht bewegt dieser Vorgang ähnlich die Gedanken der einzelnen Delegierten, wenn sie wieder heimfahren und damit in die Pfingsttage hinein. Wie heißt's doch im obenstehenden Vers? — „Geh' nur hinaus!“ — „Suche nur!“

Mancher unserer Kollegen, jung und alt, wird also hinauswandern in die hellen Pfingsttage, wird sich vielleicht nur freuen am Sonnenglanz und an all den blank gepuhten Menschen, die des Werttags Sorge und Plage juridizieren in den steinernen Behausungen der Höfe, Gänge und Straßen in Stadt und Land. Mancher aber wird sich dennoch nicht auftraffen können hinausgehen und Freude zu suchen an dem werdenden Werk der allmächtigen Natur. Vielleicht deshalb nicht, weil Krankheit und anderes seinen Willen zermürbt und die Möglichkeit der Freude zerstückt haben und er nun „arm an Sonne, arm an Luft und Licht“ die Pfingsttage nicht nur sieht, sondern sie so auch verliert. Der Arbeiter weiß sicherlich am besten zu schätzen, wieso eine solche Stimmung entstehen kann, und er wird keinesfalls den Trägern solcher Stimmungen etwa böswillige Charaktereigenschaften andichten, wie das leider oft von anderer Seite geübt wird. Der Arbeiter weiß nur zu gut, daß die wirtschaftliche Bedrängnis und die dadurch kümmerlich sich gestaltende Existenz, den Nährboden, ja den Wucherboden darstellt für Sorge und Unfreude. Und jene, die sich in solcher Lage dennoch einen Ruck geben, sich aufraffen und sich freuen am Pfingsttage, das sind sehr oft stille Helden; sie verdienen zweifellos mit heiliger Scheu eingeschätzt und betrachtet zu werden. Die Pfingstsonne wird solche energische, willensstarke Menschen ganz besonders bestrahlen. Das ist gewiß nicht für jeden sichtbar, ist auch gut so. Aber wer Augen hat für solche Helden der findet sie! — „Suche nur!“

Die am Stein schaffenden und die in den Straßen wühlenden Arbeitskräfte betätigen sich meistens, ohne ein Arbeitsdach über'm Kopf zu haben, und die sich schon längst angemeldete Pfingstsonne hat ihnen bereits den braunen Sonnenstempel aufgedrückt. Nein! eingetränkt! Das ist ganz gewiß ein anderes Wahrzeichen, wie jener Sonnenstempel den gewisse Kreise gern und stolz zur Schau tragen. Aber ein solcher ist erworben nicht im Kampfe ums Dasein, sondern im Ausruhen, im Genießen. Das ist auch ein Sonnenstempel, der aber keine Runen hinterläßt, wie in den harten Gesichtern und auf den sehnigen Armen unserer Steinlocher im Steinbruch und auf den Straßen. Und auf der Sonne n e s t e m p e l u c h t einer gewissen Bleichgesichtergilde fußt nun die eigentümliche Auffassung, daß die werkschaffende Tätigkeit im Sonnenbrand am Stein und mit dem Stein, so gesund, so erträglich und so einträglich sein — soll, und dennoch drängt sich diese Gilde nicht etwa heran um das mit zu erleben. Nein, sie schauen am liebsten von weitem zu, damit sie in der Nähe nicht die Widerspiegelungen der Arbeit sehen, die in den von der Sonne und dem Wetter braun gebeizten Gesichtern so deutlich lesbar eingegraben stehen.

Lesbar so: Oft Krankheit; immer Sorge, Plage, Not; dennoch Ueberzeugung, Wille, Mut; für das Werden einer sozialistischen Ordnung! Das ist Pfingstgeist des organisierten Arbeiters! Und auch jener denkenden Menschen, die über den Pfingsttag, trotz Freude an ihm, hinwegsehen in die weitere Entwicklung.

„Sieh über deinem Weg die Sonne stehn
In alter Pracht;
Sie sah die Wolken viele schon vergehn
Und manche Nacht.
Es loht ihr Feuer in Unendlichkeit
Brot aus der Flur,
Und Keim um Keim steht noch für dich
Suche nur.“

Zweiter Reichsfachgruppentag der Steinmetze, Pflasterer und Berufsgenossen.

Vor Beginn des Verbandstages traten am 29. Mai, vormittags um 9 Uhr, im Volksbildungsheim in Frankfurt a. M. die Steinmetze, Pflasterer und Berufsgenossen zu ihrer Tagung zusammen. Im Auftrage des Zentralvorstandes eröffnete der Fachgruppenleiter Kollege Linke die Tagung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Unter anderem teilte er mit, daß der Vertreter der holländischen Steinmetze, unser alter Freund Schoonderwoerd erst im Laufe des Tages eintreffe; dagegen bleibe der Vertreter der Wiener Steinmetze der Tagung fern. Ursache sei die schlechte wirtschaftliche Lage der Wiener Kollegen. Brieflich haben sie die besten Grüße übermittelt. Die seither bestehende enge Fühlung mit den Wiener Steinmetzen werde natürlich weiter gepflegt.

Die erste Tagung der Reichsfachgruppe der Steinmetze fand in Weimar, dem Wirkungsorte des größten deutschen Geistes, Goethe, statt. Der 2. Reichsfachgruppentag tagt in der Geburtsstadt Goethes. Es scheint so, als wenn wir unbesehen immer im Schatten des Geistes dieses Großen unsere Tagungen abhalten sollten. Allerdings, Frankfurt erweckt für die Steinmetze auch schmerzliche Gefühle. Denn von hier ging im Jahre 1923 eine Bewegung aus, die jetzt nicht näher gekennzeichnet werden soll, die aber mit dem Geiste, der von alters her in der Steinmetzebewegung großgezogen worden ist und sich entwickelt hat, wenig zu tun hat. Desto weniger aber wird uns diese Episode in unserm weiteren Aufstieg irritieren. Die Einheit der Steinmetzebewegung ist wiederhergestellt, wenn uns auch in einer andern Organisation noch wenige Steinmetze fernstehen. Die geschaffene Einheit und ihre weitere Entwicklung, das muß der Leitstern unserer Tagung sein.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Windler, begrüßte die Erschienenen im Namen des Gesamtverbandes auf das Brüderlichste. In der großen Familie des Steinmetzeverbandes mit seinen zahlreichen Berufsparten stellen die Steinmetze ein wertvolles Glied dar. Die Steinmetze waren, als sie in freiwilligem Entschluß vor drei Jahren zu uns kamen, der Schlüsselstein, der unsern Verbande als Industriearbeiterorganisation eingefügt werden mußte. Der neue Rahmen, in den die Steinmetzebewegung gefaßt worden ist, hat sich bewährt. Das Einleben und Zusammenleben aller Berufsgruppen in bester Weise ist die Arbeit, der sich der Zentralvorstand immer mit Freude unterzieht. Und ich sage nicht zuviel, wenn ich feststelle, daß dieses Zusammenleben mit den Steinmetzen in diesen drei Jahren die besten Früchte getragen hat. Mein Wunsch und der des gesamten Zentralvorstandes ist, daß auch für fernste Zeiten die geschaffene Einheit ihre Früchte trägt. Man sagt, daß die Kampfgenossenschaft immer fester zum Ganzen sitze. Die erfolgreichen Kämpfe, die die Steinmetze im Rahmen des Steinmetzeverbandes durchgeföhrt haben und die Erfolge, die sie dabei errungen, das ist das beste Mittel für die weitere gute Zusammenarbeit.

Darauf konstituiert sich der 2. Reichsfachgruppentag. Als Leiter wird Kollege Schenke und als Schriftführer die Kollegen Gottwald und Osterloh gewählt. Die vorliegende Tagesordnung: 1. Berufs-, Lohn- und Tariffragen, 2. Fachgruppenangelegenheiten und 3. Verschiedenes, wird genehmigt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung führt der Berichterstatter, Kollege Linke ungefähr folgendes aus:

Die rein zahlenmäßige Entwicklung der Reichsfachgruppe in den letzten Jahren war eine überaus erfreuliche. Gelang es doch unter tätiger Mithilfe zahlreicher Fachgruppen, unsere Mitgliederzahl von 5600 im Anfange des Jahres 1924 auf 10 618 im ersten Quartal 1927 zu bringen. Diese günstige Entwicklung hält weiter an, so daß wir wahrscheinlich in diesem Quartal die Zahl 11 000 überschreiten werden. Diese Entwicklung ging vor sich, obwohl von bekannter Seite durch die Zersplitterung bei der Verschmelzung Anfang des Jahres 1924 der Einheit der Steinmetzebewegung schwere Wunden geschlagen wurden. Gestützt auf das durch die Urabstimmung geschaffene gute gewerkschaftliche Recht konnte die verlorene Einheit wiederhergestellt werden. Zwar sind in Deutschland noch wenige hundert Steinmetze im Baugewerksbunde vorhanden, so wird doch die Ausstrahlung der von uns geschaffenen Einheit auch diese Kollegen unserm Kreise näher bringen. Allerdings, schwer war die Arbeit, die in diesen drei Jahren in dieser Richtung von allen Kollegen geleistet werden mußte, und ohne Zweifel hätten diese durch die Zersplitterung notwendig gewordenen Arbeiten besseren Zwecken dienbar gemacht werden können. Die Erschütterung unseres Organisationsgefüges ist wieder ausgeglichen, aber es bedurfte der rastlosen Arbeit dreier Jahre, um unsrer Mitgliederzahl über die Zahl zu bringen, die wir als vormaliger selbständiger Steinmetzeverband hatten. Das Vertrauen, das der Steinmetzeverband als alleinige Interessenvertretung der Arbeiter des Steinmetzebauwesens in immer weiteren Kollegentreisen genoß, wurde bedingt durch die Verfolgung einer gesunden Lohn- und Vertragspolitik. Der Redner geht auf die Entwicklung und Zustände des Vertragswesens im Steinmetzegewerbe näher ein und behandelt vor allem die Schaffung größerer Tarifgebilde und der diesen innewohnenden Tendenzen. Die in den großen Provinzial- und Landesverträgen funktionierenden Schlichtungsstellen und Tarifämter zwingen beide Parteien zu höchster Verantwortung für das Ganze. Ein abschließendes Urteil über diese Neueinrichtung läßt sich heute noch nicht fällen. Weiter wurde das Lehrlingswesen und die im Verfolg dessen notwendige gewerkschaftliche Tätigkeit ausgiebig erörtert. Wohl machen sich in einzelnen Bezirken Anfänge zu einer Lehrlingszuchterei bemerkbar, aber bis jetzt hat sich diese dem Arbeitsmarkte des Gewerbes noch nicht mitgeteilt. Nichtsdestoweniger müssen wir als die Mitverantwortlichen zur Ausbildung eines guten Nachwuchses diese Frage dauernd im Auge haben und zu beeinflussen suchen. Uebergehend zu den großen gegenwärtigen Problemen des Straßenbaues stellte der Redner die Qualitätsarbeit wieder in den Vordergrund. Das Steinpflaster hat sich in dem Kampfe der neuzeitlichen Straßendecken glänzend behauptet, wie die Ergebnisse der Veruchsstreifen darlegen. Von keiner andern Straßendecke wird der Widerstand gegen die Einwirkungen des Kraftwagenverkehrs erreicht. Die Schaffung reiner Autostraßen als Erwerbs- und Ausbeutungsquelle durch das Privatkapital muß verhindert werden! Die Straße muß Allgemeingut des Volkes sein und bleiben. Zum Schluß faßte der Redner seine Ausführungen nochmals zusammen und empfahl die Annahme der vorliegenden Entschließung.

Die Aussprache über den Bericht bewegte sich im allgemeinen in dem Gedankengange des Berichterstatters, wobei der eine oder

andere Redner Einzelheiten besonders hervorhob. So besprach Osterloh das gute Zusammenarbeiten mit den übrigen Steinmetzegruppen in seiner Zuchtstätte Bremen; die Lehrlingszuchterei und die Taktik der Unternehmer, sich nur noch vom Syndikus vertreten zu lassen. Preisch hebt ebenfalls das Zusammenarbeiten in seiner Filiale Halle hervor, dann wünschte er mit Rücksicht auf das Saisongewerbe, welches der Steinmetzeberuf darstelle, die Lohnstarke in den Sommermonaten zum Abschluß zu bringen. Die Grenzstreitigkeiten und die dadurch in Anspruch genommene Zeit seien bedauerlich. Schlichtungswesen, Lehrlingsfrage und die technische Entwicklung in den bisher rein handwerksmäßig betriebenen Pflasterarbeiten werden in Verbindung mit den neuen Straßendecken vom Redner behandelt. Unser gewerkschaftliche Aufgabe sei vor allem auch darin zu sehen durch Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosen in die Produktion einzureihen. Bringmann bespricht ebenfalls in drastischer, humorvoller Weise die Auswirkungen der jetzigen Lehrlingszuchterei und hebt hervor, daß zur Bekämpfung dieser Vorgänge mehr Kollegen als bisher freigestellt werden müssen für die Agitation. Der Zentralvorstand habe auch der Uebung bei den Arbeitsnachweisen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Henkelmann kritisiert den Inhalt eines Tarifes, der kürzlich in einem süddeutschen Ort von den dortigen Kollegen zum Abschluß kam, und schildert dann die Veruche der Münchner Steinmetze bei den dortigen Handwerkskammer, die Lehrlingszuchterei einzudämmen. Dann behauert er, daß ohne jede vorherige Erkundigung die Kollegen zureisen; im Verbandsblatt müsse das immer wieder hervorgehoben werden. Gante bespricht die bereits angeführten Fragen nach den Verhältnissen in Rheinland und Westfalen. Gottwald daselbe für Oberschlesien. Die Gesellenauschüsse müßten aktiver werden. Größere Agitation sei in diesem Gebiet sehr angebracht. Beck weist darauf hin, daß in vielen Fällen der Lehrling nur den Hilfsarbeiter ersetzt. Die Akkordkolonnen im Beruf seien sehr schädlich. Akkordarbeit ist Quantitäts-, keine Qualitätsarbeit. Meins bespricht das kommende Berufsausbildungsgesetz und verlangt, daß die älteren Kollegen sich mehr im erzieherischen Sinne um die jüngeren kümmern, aber sich auch mehr um ihre eigenen bemühen. Die Hamburger Straßenaufverhältnisse werden ebenfalls von ihm erwähnt. Anders unterstreicht den Bericht von Linke und bespricht den Berliner Tarif, soweit die Bindung durch Schiedspruch in Betracht kommt. Der Lehrlingsbildung technisch und fachlich sollte der Verband mehr Aufmerksamkeit schenken, aber auch in marzipanischer Hinsicht, damit sie als Ausgelernte ihren Mann stehen. Schenke geht auf Anders' Ausführungen ein betreffs des Berliner Tarifes. Die bisherige Taktik und Handhabung habe im Hinblick auf den Gesamtverband und die niedrig entlohten Orte doch eine größere Bedeutung. Menges schildert die Organisationsverhältnisse der Steinmetze im Frankfurter Gau. Schulz bespricht einzelne trasse Zustände in der Lehrlingszuchterei in Schlesien.

Kollege Linke geht in seinem Schlußwort besonders auf die Lehrlingsfrage ein und bespricht die in Frage kommenden mangelhaften Gesetzesunterlagen und das in Vorbereitung befindliche Berufsausbildungsgesetz. Der Verband werde, soweit es in seiner Macht liege, alles aufbieten, um das Angehende in der Heranbildung des Steinmetzeberufes zu beseitigen. Die Fachgruppen dürften natürlich dabei auch nicht müßig sein. In großen Zügen umreißt der Redner nochmals die gegenwärtige und die kommende Entwicklung im Straßenbau, die auch Gefahren für den Beruf in sich birge. Diesen rechtzeitig zu begegnen, ist Aufgabe der Organisation.

Die nachstehende Entschließung des Referenten wird darauf mit einer kleinen Ergänzung des Kollegen Anders (Berlin) gegen eine Stimme angenommen:

Entschließung.

Der 2. Reichsfachgruppentag der im Zentralverbande der Steinmetze Deutschlands organisierten Steinmetze, Pflasterer und Berufsgenossen stellt mit Befriedigung fest, daß die Herstellung der Einheit der deutschen Steinmetzebewegung im Laufe der letzten Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Dessenungeachtet konstatieren die Vertreter der 11 000 im Steinmetzeverbande organisierten Berufs Kollegen, daß ein kleiner Teil der deutschen Steinmetze dem Steinmetzeverbande noch fern steht. Der 2. Reichsfachgruppentag appelliert an alle dem Steinmetzeverbande, als der beruflichen Interessenvertretung der deutschen Steinmetze, noch nicht angeschlossenen Berufs Kollegen im gewerkschaftlichen und beruflichen Allgemeininteresse, die Einheit und Geschlossenheit in alter Form wiederherzustellen. Zugleich verpflichten sich die Vertreter, Verbands- und Fachgruppenfunktionäre, zur Stärkung des Steinmetzeverbandes und im weiteren Sinne zur Stärkung der Reichsfachgruppe der Steinmetze nach wie vor ihr Bestes einzusetzen.

In Erwägung, daß die durch den Kraftwagenverkehr aufgeworfenen großen Straßenprobleme noch keine in der Gesamtheit gültige Lösung gefunden haben, fordert der 2. Reichsfachgruppentag der Steinmetze, Pflasterer und Berufsgenossen wiederum alle Berufsangehörigen auf, in der Pflege der Qualitätsarbeit, sowohl bei der Herstellung der Straßenaufverhältnisse als auch bei der Verarbeitung derselben, nicht zu erlahmen. Zwar hat der große Konkurrenzkampf der verschiedensten neuzeitlichen Straßendecken untereinander heute schon das feststehende Ergebnis gezeitigt, daß das Natursteinpflaster allein die dauerhafteste und wirtschaftlichste Straßendecke zu Kraftfahrzwecken ist. Die Voraussetzung, um dem Steinpflaster dauernd seinen Rang zu erhalten und damit den Berufsangehörigen auf weitere lange Zeit hinaus die Lebensmöglichkeit zu schaffen und zu erhalten, ist die beste und technisch einwandfreieste Herstellung der Steinpflasterstraßen. Der Reichsfachgruppentag behauert, daß nicht immer nach diesen so selbstverständlichen Grundfäden gearbeitet worden ist, obwohl an Propaganda in dieser Richtung durch die Verbands- und Fachgruppenfunktionäre alles getan wurde. Im besonderen wird die Redaktion des „Steinmetze“ ersucht, die beruflichen Interessen des Straßenbauwesens in der gleich guten Art wie bisher weiterzupflegen. Eine Vergrößerung der technischen Beilage „Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft“ würde diesem Ziele noch in weiterem Maße dienlich sein. Eine gute praktische und theoretische Ausbildung des Nachwuchses ist eine weitere Vorbedingung zur Erzielung der Qualitätsarbeit. Die Leitung und Ueberwachung der Lehrlingsausbildung muß eine Aufgabe sein, der sich neben der organisatorischen und tariflichen Erziehung der Lehrlinge selbst die Fachgruppen und alle Kollegen zu widmen haben.

Im zweiten Punkte der Tagesordnung werden die Kollegen Seifert (Danzig) und Hassold (Nürnberg) in den Verbandsbeirat vorgeschlagen. Die Wahl wird auf dem Verbandstage vollzogen. Als Ersatzmann wird Kollege Preisch (Halle) in Vor-

Schlag kommen. Der bisherige Jagdgruppenleiter, Kollege Linke, wird wiedergewählt, ebenso der Kollege Schenke als Mann im Reichsarbeitsamt in Berlin. Damit hatten sich die Aufgaben des Jagdgruppenleiters erledigt. Der Verhandlungsleiter, Kollege Schenke, weist zum Schluss auf das jetzt im Druck befindliche Kulturwerk des Kollegen Alexander Knoll hin und verpflichtet die einzelnen Teilnehmer, für die Verbreitung des Werkes tätig zu sein. Für diesen Zweck werden in nächster Zeit bestimmte Richtlinien herausgegeben. Mit einem Appell an die Kollegen, immer so sachlich und kollegial zusammenzuarbeiten, wie auf dieser anstrengenden Tagung konnte der Vorsitzende nachmittags um 2,30 Uhr schließen.

Fleischzölle.

(Wer will sie verantworten?)

Nachdem die gegenwärtige Reichsregierung der Arbeiterkraft durch künstliche Steigerung der Getreidepreise und durch Erhöhung des Mehlsolles den Brotkorb wiederum höher gehängt hat, plant sie eine Verteuerung des Fleisches — zur höheren Ehre des agrarischen Profits. Im Reichsernährungsministerium ist man augenblicklich fieberhaft bei der Arbeit, den Zoll für die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande nach Deutschland ganz erheblich zu steigern. So soll der Zoll für Schmalz von 6 Mark auf 10 Mark und der für die Einfuhr von Speck von 14 auf 20 Mark erhöht werden.

Eine Ungeheuerlichkeit stellt aber die von der Regierung beabsichtigte Verteuerung des Gefrierfleisches dar. Bisher wurden 120 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei nach Deutschland eingeführt. Jetzt verlangen aber die Agrarier, daß die Gefrierfleisch-einfuhr pro Doppelzentner mit einem Zoll von 45 Mark belegt wird. Das bedeutet, die Einfuhr von Gefrierfleisch nach Deutschland völlig unterbinden.

Das sogenannte Reichsernährungsministerium ist augenscheinlich der Auffassung, daß in Deutschland zuviel Fleisch gegessen wird. Wie liegen hier die Dinge? Der Verbrauch an Fleisch betrug:

	Durchschnitt		1926	1926 weniger als 1911-13
	1911-13	Doppelzentner		
Gesamtfleischverbrauch . . .	36 479 016	30 488 052	5 990 964	
Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung	Kilogramm	Prozent		
	55,149	48,531	12	
Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung. Bevölkerung	69,898	57,982	17	

Die statistische Wissenschaft nimmt an, daß Kinder und alte Leute weniger Fleisch verbrauchen als der erwerbstätige Mensch und kommt zu dem Schluss, daß dieser heute rund 17 Prozent weniger Fleisch genießt als vor dem Kriege.

Die Wissenschaft weist auch immer wieder auf das Bedenkliche dieser Entwicklung hin. Professor Dr. Rejstner von der Hamburgischen Universität, einer der ersten Vertreter der Ernährungswissenschaft, stellt in einem Gutachten über den verminderten Fleischverbrauch in Deutschland folgendes fest: „Der physiologisch wünschenswerteste Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung ist infolge vermehrter Maschinenarbeit in Deutschland seit der Zeit vor dem Kriege erheblich gestiegen; der tatsächliche Verbrauch hat dagegen abgenommen. Höchste Leistungsfähigkeit eines Volkes erfordert nicht nur zweckmäßige Maschinen und zweckmäßige Betriebsorganisationen, sondern auch zweckmäßige Ernährung. Der Konsum von Fleisch gehört zu einer zweckmäßigen Ernährung; er muß daher mit allen Mitteln gesteigert werden.“

Die Wissenschaft fordert also eine Verbilligung des Fleisches durch verminderte Zölle. Die Herabsetzung der Fleischzölle ist notwendig, da Deutschland niemals Fleisch so billig produzieren kann als das Ausland. Wir können in Deutschland noch nicht einmal so viel Fleisch erzeugen, um den Bedarf zu decken. Nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1926 blieben die Rinderbestände in Deutschland um 7 Prozent hinter dem Stand von 1913 zurück. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, fehlen jedoch infolge der dichteren Bevölkerung des kleineren Deutschlands der Nachkriegszeit nicht nur 7 Prozent, sondern 12 1/2 Prozent; denn 1913 fielen auf 1000 Kopf der Bevölkerung 313 Rinder, 1926 dagegen nur 274 Rinder. Hinsichtlich der Schweinebestände lauten die Zahlen noch weit ungünstiger.

Wenn das Reichsernährungsministerium sich, entgegen den objektiven Feststellungen der deutschen Wissenschaft, für eine Erhöhung der Fleischzölle erklärt, dann beweist es eben, daß es ein Ministerium gegen die Volksernährung und ein Ministerium für die Ernährung der Großagrarier ist. Denn die gesteigerten Fleischzölle werden doch nur den Großagrarier zugute kommen.

Wer aber sind die Leidtragenden? Einzig und allein die Arbeiter, die kleinen Beamten und Angestellten! Uns liegt eine Berechnung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin vor, die den Ge-

zrierfleischverbrauch in den einzelnen Stadtteilen Berlins für das Jahr 1926 feststellt. Danach ergibt sich folgendes:

Berliner Stadtteile	Gefrierfleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung in Kilogramm	Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung in Prozent
Zehlendorf	0,2	19,7
Steglitz	2,9	23,3
Schöneberg	2,8	23,5
Weißensee	8,8	53,3
Friedrichshain	6,5	52,1
Lichtenberg	6,2	47,2

Der Hauptverbrauch von Gefrierfleisch liegt in den ausgelagerten Arbeitervierteln. So haben denn auch im Reich die ausgelagerten Industriestädte mit einer überwiegenden Arbeiterbevölkerung den größten Gefrierfleischverbrauch aufzuweisen. Es verbrauchten pro Kopf in Kilogramm im Jahre 1926: Aachen 10,8, Düren 10,5, Hamburg 10,5, Gelsenkirchen 8,9, Krefeldinghausen 8,9, Wilhelmshaven 8,8, Barmen 8,1, Essen 8, Altona 7,5, Dresden 7,4, Bochum 7, Elberfeld 6,7, Köln 6,6, München 6,4, Harburg 6,3, Buer 6,2, Bremen 6, Nürnberg 6, Hanau 5,6, Mannheim 5,5, Düsseldorf 5,5, Leipzig 5,2 usw.

Man darf annehmen, daß Gefrierfleisch für viele Arbeiterfamilien überhaupt das Fleisch gewesen ist, das im Jahre 1926, dem Krisenjahr, auf den Tisch gekommen ist. Die Einführung eines Gefrierfleischzolles in Höhe von 45 Mark pro Doppelzentner wird Fleischernahrung aus dem Speisekessel vieler industrieller Arbeiter überhaupt streichen.

Es erhebt sich die Frage: wer will das verantworten und wer kann das verantworten? Die gegenwärtige Reichsregierung hat das nötige Herz und die nötige Stirn!

Deshalb scheint es uns erforderlich, hier kurz auf eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes einzugehen. Sie ist dem deutschen Volke viel zu wenig bekannt und wir wollen an dieser Stelle etwas für die Verbreitung von Tatsachen tun, die angesichts der Zollpläne der Regierung doppelt schwer ins Gewicht fallen. Diese Denkschrift ist von der Reichsregierung herausgegeben und trägt den Namen des gegenwärtigen Reichsinnenministers von Reudell. Das ist einer der Vertreter des deutschen Agrarierlagers im Reichskabinett und einer der Männer, die für die Einführung des Gefrierfleischzolles tätig sind.

Durch die ganze Denkschrift zieht sich das Eingeständnis, die Ernährung des deutschen Volkes ist ungenügend. Stand schon vor dem Kriege die Ernährung der deutschen Bevölkerung hinter der Ernährung der englischen und der amerikanischen Bevölkerung zurück, so sind die Verhältnisse in den letzten Jahren noch schlimmer geworden. Naturgemäß machen sich die Folgen besonders unter dem Nachwuchs, den Kindern, bemerkbar.

So wird bei den Säuglingen und Kleinkindern in der Denkschrift Zunahme der Rachitis und Stomatose festgestellt. Im Bezirk Berlin-Wilmersdorf leiden 15 Prozent, im Bezirk Berlin-Mitte sogar 20-30 Prozent der Kleinkinder an Rachitis. Im Kreis Deutsch-Krone sind 33,8 Prozent und in Nowawes 38 Prozent aller Kleinkinder rachitisch. Stomatose wurde festgestellt in Nowawes bei 17 Prozent und in Bielefeld bei 18 Prozent der Kleinkinder. Unterernährung fand sich im Bereich des Gesundheitsamtes Wattenscheid bei Bochum 5,7 Prozent, im Kreis Deutsch-Krone 21,8 Prozent und in Magdeburg 33,5 Prozent. In einzelnen Kindergärten und Kinderheimen der Stadt Hannover waren nicht weniger als 50 Prozent der Kleinkinder völlig strotlos. Die ärztlichen Gutachten sprechen von Blässe des Gesichtes und der Schleimhäute, Schläftheit der Muskulatur bei nicht ausreichendem Fettgehalt als offensbare Folge von Unterernährung. Wie schlimm es hier steht, beweist eine in Bielefeld getroffene Feststellung, wonach Kleinkinder im Alter von zwei Jahren ein durchschnittliches Untergewicht von 1,29 Kilogramm und Kleinkinder von vier Jahren ein solches von 1,21 Kilogramm aufwiesen. Säugling muß auch eine Erkrankung des Verdauungssystems festgestellt werden.

Ebenso schlimm, vielleicht noch schlimmer, sieht es bei den Schulkindern aus. Es wurden unter ihnen als unterernährt festgestellt in Glogau 10-15 Prozent, im Kreis Neuhaldensleben 18 Prozent, in den Kreisen Bernheim, Osnabrück und Magdeburg je 20 Prozent, in Elbing 21,8 Prozent, in Berlin-Schöneberg 23,5 Prozent, Elberfeld 24,5 Prozent, im Kreis Landsberg 25-33 Prozent, im Kreis Ratibor 27 Prozent, im Kreis Groß-Sirehlich 30 Prozent, in Remscheid 31,2 Prozent, Merseburg 31,4 Prozent, Breslau 32,5 Prozent, in Halle 38,7 Prozent, in Harburg 39 Prozent, in Barmen und Bergisch-Gladbach je 50 Prozent, in Grube Stadt Görlitz 64,0 Prozent und in Blumenhain, Kreis Stade, 33,8 Prozent.

Im Landkreis Bielefeld stellte man bei den Volksschülern ein Untergewicht von 2,2-3,2 Kilogramm bei den Knaben und 0,9 bis 2,4 Kilogramm bei den Mädchen fest. In Traunstein (Oberbayern) waren 70 Prozent aller Knaben und 47 Prozent aller Mädchen untergewichtig und 39 Prozent der Knaben und 15 Prozent der Mädchen unter Mittelmaß; in Coesfeld hatten von 924 untersuchten Schulkindern nur 46 Prozent die Durchschnittsgröße und das Durchschnittsgewicht.

Die Liste kann auf Grund der amtlichen Denkschrift endlos fortgesetzt werden. Hier verweisen wir nur noch auf die Zunahme der Proletarierkrankheit, der Tuberkulose, die zweifellos mit der eingeschränkten Ernährung der deutschen Bevölkerung zusammenhängt. In der Stadt Bochum waren 14,9 Prozent und in Bochum-Land 14,7 Prozent aller Erkrankungsfälle bei Schulkindern Tuberkulose. In Schleusingen (Bez. Erfurt) wurden 20-25 Prozent mit Tuberkulose infizierte Schulkinder festgestellt. In Barmen befanden sich unter 15 883 Volksschulkindern 490 mit Tuberkulose, davon 23 mit offener Tuberkulose. Unter 21 705 Schulkindern in Essen-Land wurden 427 mit Tuberkulose nachgewiesen, in München-Glabbad wurden 1093 Schulkinder untersucht. Davon waren nicht weniger als 586 der Proletarierkrankheit verfallen. Die Stadt München-Glabbad dürfte ungefähr 13 000 Schulkinder haben. Danach wären 4,5 Prozent aller Schulkinder in einer deutschen Großstadt tuberkulös.

Das sind Zahlen, bei deren Anhören einem der Schauer durch den Körper fährt. Hier sind wirklich die schlimmsten Zustände der Vorkriegszeit übertrufen. Ein trauriger Ruhm für Deutschland, das Land der höchsten Getreidepreise, Industriedividenden und Börsenkurse.

Herr von Reudell, Innenminister in der deutschen Republik, der für des deutschen Volkes Gesundheit zu wachen hat und der die von uns oben gemachten Angaben über die gesundheitlichen Verhältnisse dieses Volkes mit seinem Namen deutet, simt aber auf Fleischzölle, will eine weitere Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse dieses Volkes herbeiführen. Ihm und seinen Parteigenossen sei gesagt, daß die deutsche Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist, den Krug so lange zum Brunnen gehen zu lassen, bis er bricht.

Achte Sitzung des Bundesausschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, August Brey, das Wort, um im Namen des Bundesausschusses den Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, zu seinem 60. Geburtstag zu beglückwünschen. Nach Dankesworten von Leipart begann der Bundesausschuß seine Beratungen.

Leipart erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesausschusses in den letzten drei Monaten. Seine Ausführungen beschränkten sich zum großen Teil mit internen Bundesangelegenheiten. Es können daher nur einige wenige Punkte kurz hervorgehoben werden.

Der Bundesvorstand hat sich auch in den letzten Wochen bemüht, auf Regelung der Arbeitszeit hinzuwirken, wie sie den Forderungen der Gewerkschaften und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. In letzter Stunde hat der Bundesvorstand versucht, eine gemeinsame Eingabe aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an den Reichstag zu richten. Da eine gemeinsame Eingabe sich nicht ermöglichen ließ, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem Afa-Bund und Gewerkschaftszentrum einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet und sie zur Verweigerung von Überstunden erneut aufgefordert. Seitdem hat eine erfreuliche Agitation eingeleitet, von den Verbänden wie von den Ortsausschüssen. Der Vorstand hat eine neue Erhebung über die tatsächliche geleistete Arbeitszeit eingeleitet, um durch Vergleich mit den früheren Erhebungen die Entwicklung feststellen zu können und Grundlagen für die weitere Wirkamkeit zu schaffen.

Der Bundesvorstand hat sich entschlossen, positive Forderungen auf dem Gebiet des Wohn- und Mietrechts zu formulieren, Richtlinien für seine soziale Gestaltung aufzustellen. Die Arbeiten der Kommission sind noch nicht abgeschlossen.

Die Beschlüsse des Londoner Wandertongresses sind einer sorgfältigen Bearbeitung unterzogen worden, um Grundlagen für eine gezielte Regelung zu schaffen.

Für die in diesem Jahr stattfindenden sozialen Wahlen wird, wie auch früher geschehen ist, eine besondere Broschüre vom Bundesvorstand herausgegeben werden.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat an den Bundesvorstand das Ersuchen gerichtet, über etwaige gesundheitschädliche Wirkungen der Nationalisierung Material zu beschaffen. Der Bundesvorstand wird diesem Wunsch entsprechen.

Dann ergriff Kollege Graßmann das Wort über das Verhältnis des Arbeiter-Samariterbundes zum Roten Kreuz und die Stellung des Bundesvorstandes zu beiden Organisationen. Er gab zunächst einen historischen Überblick. Legien ist nach dem Kriege in den Vorstand des Roten Kreuzes eingetreten, nach seinem Tode trat Graßmann an seine Stelle; beide aber nicht als Vertreter des Bundesvorstandes. Sie haben es getan in Anbetracht der überragenden Bedeutung des Roten Kreuzes, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß viele Gewerkschaftsmitglieder in den Rote-Kreuz-Kolonnen organisiert sind, vor allem aber, weil nach dem Kriege das Rote Kreuz zu einer großzügigen Volkshilfeorganisation ausgebaut werden sollte und auch ausgebaut worden ist. Graßmann

Das Fest der Schönheit.

Ein Rausch der Schönheit ging hernieder,
Ein Rausch von Farbe, Duft und Glanz.
Die Freude singt das Lied der Lieder,
Singt es zu Pfingsten immer wieder
Und schwingt den bunten Blumenkranz.

Ein Märchen hat sich aufgeschlossen,
Vom Strahlenfeuerwerk umblaut.
Der Geist der Schöpfung, Lichtumflossen,
Hat sich eifrig ausgegossen
Auf die erblühte Erdenbraut.

Was wunderbar der Lenz vollendet
Zu höchster Form der Harmonie,
Hat Helios dem Lenz gesendet,
Damit an Menschen er verschwendet
Die schöpferreichste Poesie.

So will der neue Pfingstgeist lehren:
Die Erde nährt uns alle satt!
Kein Mensch soll darben und entbehren,
Vielmehr soll er mit Trost begehren,
Worauf als Mensch er Anspruch hat!

V. K.

Die Verbreitung der Natursteinindustrie in Baden.

Seit der Durchführung der letzten deutschen gewerblichen Betriebszählung im Juni 1925 sind bereits nahezu zwei Jahre verfloßen, aber noch immer steht die Veröffentlichung der großen Gesamtübersichten aus, die über Umfang und Form der Betriebe, Zahl der Arbeiter, Standorte der Industrien usw. im ganzen Reich Auskunft geben sollen. Zwar hat man schon eine ganze Menge Teilergebnisse veröffentlicht, aber diese beziehen sich meistens nur auf einzelne Seiten der industriellen Verhältnisse und hier wieder oft solcher in einzelnen Teilen des Reiches, gestatten aber noch kein Eindringen in alle möglichen Einzelheiten, deren Kenntnis erwünscht ist. Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß ein einzelner Bundesstaat, und zwar Baden, es unternommen hat, unabhängig von der Reichsstatistik eine Darstellung von dem Stand seiner Industrien, wie sie sich im Sommer 1925 auswiesen, in einer besonderen Veröffentlichung zu geben. Allerdings hat auch dabei eine gewisse Einschränkung Platz gegriffen insofern, als in der Hauptsache nur die eigentliche Industrie, d. h. soweit ihre Betriebe 20 und mehr Arbeiter beschäftigten, berücksichtigt wurde. Dafür hat man sich andererseits nicht damit begnügt, das nackte Zahlenwerk der Erhebung von 1925 wiederzugeben, sondern mancherlei Mitteilungen aus der früheren Entwicklungszeit der

Industrie eingeflochten, so daß Vergleiche zwischen einst und jetzt möglich sind, die der ganzen Veröffentlichung einen größeren Wert verleihen.

In der gesamten Industrie der Steine und Erden gab es 1925 in Baden 192 Betriebe, die 20 und mehr Arbeiter beschäftigten, und in diesen waren zusammen 13 583 Arbeiter tätig. Doch ist hier die Kunststein-, keramische, Glas- und Porzellanindustrie mit eingeschlossen. Auf die einzelnen Gruppen der Natursteinindustrie verteilen sich Betriebe und Arbeiter in der folgenden Weise:

	Betriebe	Arbeiter
Sand- und Kiesindustrie	2	69
Sandstein- und Muschelkalkindustrie, Kalkbrüche	21	684
Hardstein-, Schotter-, Pflasterstein-, Granitindustrie	44	2317
Fluß- und Schwerpatindustrie	1	82
Zusammen	68	3152

Nicht einbezogen sind in diese Aufstellung die Reichsbahn- und Staatsbetriebe, als da sind das staatliche Porphyrtwerk in Dossenheim an der Bergstraße mit über 200 Arbeitern, die Porphyrtsteinbrüche bei Singheim (Amt Bühl) und Rippenweiler (Amt Weinheim) sowie die von der Reichsbahn betriebenen Schotterwerke in Steinach (Amt Wolfach) und Albruder (Amt Waldshut).

Als Unternehmungsformen sind in der badischen Industrie der Steine und Erden die Gesellschaftsformen sehr stark vertreten. Von den 44 Betrieben der Hartstein-Industrie wurden 13 als Gesellschaften m. b. H. und 5 als Aktiengesellschaften geführt. Viele von ihnen, in der Hartsteinindustrie 13, waren im Jahre 1925 Zweigbetriebe, also Betriebe, deren Geschäftsleitung außerhalb des Sitzes des Unternehmens lag. Zu den größten Zweigbetrieben gehörten u. a. das Granitwerk der Vereinigten Granitwerke Seebach und Randern zu Malsburg (Amt Müllheim), das Schotterwerk Schriesheim der Schotterwerke Weinheim-Schriesheim A. G. in Weinheim, die Hartsteinwerke „Wulkan“ in Haslach der Schotterwerke Gebr. Lefrenz in Dossenheim a. d. Bergstraße. Manche Firmen betrieben auch Steinbrüche außerhalb Badens, so die Marmor-, Granit- und Syenitwerke von Rupp u. Möller in Karlsruhe, Marmorbrüche in Württemberg und Syenitbrüche im hessischen Odenwaldgebiet.

Die beiden Sand- und Kiesindustriebetriebe, die 1925, als das Bauwesen noch ziemlich daniederlag, eine größere Ausdehnung hatten, waren die Kieswerke und Baustoffindustrie Baden-Baden G. m. b. H. mit ihrem Betrieb Iffezheim und W. Stürmlinger, Sand- und Kieswerk in Durmersheim. Beide Ortsgemeinden liegen in Mittelbaden in der Nähe von Rastatt.

Die Sandstein- und Muschelkalkindustrie und die Kalkbrüche haben ihren Sitz vornehmlich in der Main-, Neckar- und Tauberregion, dann im Bauland, im Kraich- und Pfinggau. Die Sandsteinbrüche des vorderen Murgtales sind in ihrer Bedeutung zurückgegangen. Kalk kommt auch im Süden des Landes bei Randern usw. vor. Soweit die Brüche nicht Hilfsbetriebe der Kalk- und Zementfabriken sind, wird wie in den Granitbrüchen ein vorzüglicher Bau- und Werkstein gebrochen. Die größten

Brüche waren 1925 gewöhnlich an Ort und Stelle mit Steinhauereibetrieben verbunden. Größere Steinhauereibetriebe ohne eigene oder gepachtete Brüche kamen kaum vor. Größere Sandsteinwerke, die sich nicht nur auf das Brechen des Gesteins und die Zurichtung von Werksteinen beschränkten, sondern auch sonstige Steinwaren herstellten, waren: H. A. Güttschow, Sandsteinwerk und Sägerei, L. Knab, Sandsteinwerke, C. Günthum, Sandsteinwerke, alle drei in Eberbach, und Hahn, Böhm u. Co. (jetzt Hahn u. Waldherr) Vereinigte Muschelkalksteinwerke in Grünsfeld (Amt Tauberhilsdorf). Die drei erstgenannten Betriebe stellten u. a. säurebeständige Gefäße und Tröge, Beizbottiche usw. für die chemische Industrie, Schleifsteine, Wassersteine, Kollerzeugnisse, Bodenplatten usw. her. Die Vereinigten Muschelkalksteinwerke in Grünsfeld (Zweigbetriebe in Faulbach a. W. und Heibingsfeld bei Würzburg) betrieben außer Steinmeharbeiten aller Art für Bau- und Denkmalszwecke das Schleifen und Polieren von Boden- und Wandplatten. Ein anderes Werk, die Hegauer Muschelkalksteinwerke (Langhorst u. Co.) in Blumenfeld (Amt Engen) und Ludwigshafen am Bodensee befaßte sich auch mit der Herstellung von gemahltem Naturstein. Als größerer Kalksteinbruch bestand 1925 der von L. Kaiser in Randern, der sich nur mit dem Brechen und Verladen von rohem Kalkstein abgab. Von sonstigen Kalk- und Sandsteinbrüchen zur Zeit der Erhebung von 1925 seien noch genannt: Alb. Dattler u. Sohn G. m. b. H. in Iffez (Amt Lössach), Julius Treutle in Rürnbach (Amt Bretten), Jakob Störzinger in Mühlbach (Amt Bretten), Franz Jeller in Höpfigen (Amt Buchen), Ph. Holzmann A. G., Sitz Frankfurt a. M., in Höpfigen (Amt Buchen), Kaisersteinbruch G. m. b. H., Sitz Berlin, in Harbheim (Amt Buchen), Karl Schneider in Wallbüren (Amt Buchen), Gebrüder „ele“ in Weiler (Amt Sinsheim), Johannes Adelsmann in Bettingen (Amt Wertheim), Buchmeyer u. Blumental und Gebrüder Mayer, beide in Freudenberg (Amt Wertheim).

Die Hartstein-, Schotter-, Pflasterstein- und Granitindustrie Badens hat sich im Zusammenhang mit den Fortschritten im Bau von Gesteinbrech- und Zerkleinerungsmaschinen zu einem großen Teil der fabrikmäßigen Betriebsweise sehr angenähert. Zur Herstellung von Pflastersteinen werden in der Hauptsache die gleichen Gesteinsarten wie zur Aufbereitung von Schotter verwendet. Der Sandstein ist als Pflasterstein immer mehr vom Hart- und Kunststein verdrängt worden. Die Handschotterschlägerei ist im Rückgang begriffen. Sie wurde 1925 nur noch hier und da in Steinbrüchen ausgeübt. Die größten Schottermengen lieferten Porphyrt, Basalt und Granit.

Die Hauptporphyrlager befinden sich an der Bergstraße zwischen Heidelberg und Weinheim und werden in größtem Umfang als Schotterwerke ausgebaut. Neben dem bereits erwähnten staatlichen Porphyrtwerk in Dossenheim waren 1925 die wirtschaftlich bedeutungsvollsten Betriebe die Porphyrtwerke Weinheim-Schriesheim A. G. mit 342 Arbeitern und Gebr. Lefrenz, Dossenheimer Porphyrtwerk in Dossenheim. Ein Zweigbetrieb der letzteren Unternehmung sind die Hartsteinwerke „Wulkan“ in Haslach im Kinzigtale, ein Hornblendebruch mit Schotterwerk. Die Hornblende wird hier zum Teil unterirdisch abgebaut. Große

Schilder Johann die Unstimmigkeiten zwischen dem Roten Kreuz und dem Arbeiter-Samariterbund. Er wies auf die vergeblichen Anregungen des Bundesvorstandes hin, auch Gewerkschaftsvertreter in die Vorstände der provinziellen und lokalen Organisationen des Roten Kreuzes zu entsenden, um die Interessen der Arbeiterschaft auch dort zur Geltung zu bringen. Auf dem Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes wurde der Antrag angenommen, daß ein Vorstandsmitglied des ADGB in den Vorstand des Arbeiter-Samariterbundes eintreten solle. Der Bundesvorstand hat diesem Wunsch des Arbeiter-Samariterbundes entsprochen und Grafmann mit dieser Vertretung betraut. Wünschenswert wäre in Zukunft ein gezieltes Nebeneinanderwirken beider Organisationen.

Kollege **Nörpel** erstattete den Bericht über die Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes. Es ist im großen und ganzen gelungen, die Behörden so aufzufügen, daß eine gezielte Tätigkeit zu erwarten ist. Außer in Bayern und Württemberg.

Die Gerichtsbezirke liegen jetzt fest. Bei der Bestellung der Beisitzer ist es ganz einheitlich möglich gewesen, die vier anerkannten Spitzenorganisationen als Benennungskörper festzulegen. Der Bundesausschuß wird heute die Beisitzer für das Reichsarbeitsgericht benennen müssen.

Der Bauwerksbund hat angeregt, für die Vertretung in der zweiten Instanz tüchtige Rechtsanwälte rechtzeitig zu sichern. Nörpel wies auf die vielen Klagen hin, daß die Rechtsanwälte sich so schwer in das Denken und Wollen der Gewerkschaften einleben. Im Arbeitsgerichtsgesetz ist erreicht worden, daß die Gewerkschaften die Prozessvertreter in der zweiten Instanz aus ihren eigenen Reihen stellen. Der Bundesvorstand ist daher der Ansicht, daß es falsch wäre, jetzt, nachdem die Gewerkschaften klares Recht erreicht haben, Verträge mit Rechtsanwälten abzuschließen. Die Gewerkschaften müssen für die Durchsetzung des kollektiven Arbeitsrechts eintreten. Der richtige Weg ist der Ausbau der Arbeitersekretariate. Statt 5000 wie bisher werden künftig vielleicht 30 000 Streikfälle jährlich berufsungsfähig sein. Die Rechtsanwaltskosten würden etwa 2 250 000 Mark betragen; diese Kosten können teilweise erparnt werden, ohne daß grundsätzlich auf jede Heranziehung von Rechtsanwälten verzichtet wird.

Der Bundesvorstand wird für eine einheitliche Schulung der Beisitzer Sorge tragen müssen. Das ist heute leichter möglich als bisher. Der Bundesvorstand wird eingehend durchgearbeitete Vorschläge unterbreiten. Außerdem schlägt der Bundesvorstand die Herausgabe einer großen eigenen Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeitervertretung vor, die sich bei guter Leistung bald eine angelegene Stellung erringen kann. Der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat vor dem Kriege Gutes geleistet. Seit 1918 kann man das nicht mehr behaupten. Die Anregung, einen neuen Verband, einen Arbeitsgerichtsverband, zu gründen, hat der Bundesvorstand einstimmig abgelehnt. Der Bundesvorstand und die Bezirkssekretariate können die Funktionen eines solchen Verbandes selbst übernehmen. Die Gewerkschaften brauchen auch keine Gutachten eines solchen Verbandes. Sie wissen selbst, in welcher Weise sie das kollektive Arbeitsrecht wollen.

Der Bundesvorstand hat die Benennung von je 18 Beisitzern für die Reichsarbeitsgerichte vorgeschlagen. 16 sind bewilligt worden, und zwar wird von uns vorgeschlagen: 11 für den ADGB und Afa-Bund, 3 für den Deutschen Gewerkschaftsbund, 2 für den Gewerkschaftsring zu benennen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will 4 Beisitzer. Die Arbeitgeber haben nun den Wunsch, daß doch 18 Beisitzer benannt werden. Dann würde die Verteilung entsprechend 12, 4 und 2 sein können. Die Verbände haben nun eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Zu bemerken ist, daß nur Reichsarbeitsrichter, keine Reichsarbeitsrichtervertreter zu benennen sind. Es kommt nicht auf besondere fachliche Spezialkenntnisse, sondern auf gute Beherrschung des kollektiven Arbeitsrechts an. Das einheitliche Arbeitsrecht soll von allen Berufen und Industriezweigen gemeinsam gefördert werden.

Kollege **Spliedt** entwidelt nunmehr im Auftrage des Bundesvorstandes Vorschläge für einen Ausbau der Berichterstattung über die Lohnbewegungen und über die Geschäftslage in einigen nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ausgewählten Industriezweigen.

Dr. **Meyer-Brodnik**, der Leiter der sozialhygienischen Abteilung des Bundesvorstandes, berichtete über die bevorstehende Tagung der Gesellschaft für Gewerbehygiene in Hamburg, auf der in kurzen Referaten Berichte über neu aufgetretene Gewerkekrankheiten einem weitgezogenen Interessententreise vom Standpunkte der Arbeiterschaft aus zu Gehör gebracht werden können.

Dr. **Arons**, der Vertreter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, ergänzte die Ausführungen Leiparts über die Beschaffung von Material über etwaige gesundheitschädliche Folgen der Rationalisierung. Er verwies auf den Fragebogen, der

Mengen von Schotter und Pflastersteinen werden auch von den Basaltwerken des Kaiserstuhls und des Hegaus gefördert. Von Basaltklotterwerken waren 1925 von Bedeutung die Süddeutschen Basaltwerke Immenbungen G. m. b. H. mit Schotterwerken in Immenbungen, Mühlhausen und Binningen (Amt Engen), das Basaltwerk Sasbach G. m. b. H. in Bödingen am Kaiserstuhl und das Basaltwerk Ragenbuden G. m. b. H. in Waldlagenbach (Amt Mosbach).

Gemischter Art sind die Schwarzwälder Granitwerke insofern, als viele von ihnen sich nicht nur mit der Herstellung von Wegebaumaterialien abgeben, sondern in größerem Umfang auch Wertsteine, Randsteine, Stufsteine, Verblendsteine, Mauersteine zu richten und vereinzelt auch die Stein- und Bildhauerei, die Herstellung von Fassadensteinen, Bauteilen, Denkmälern, Grabsteinen betreiben. Es lassen sich unter den badischen Granitwerken zwei Gruppen unterscheiden, eine mittelbadiische und eine oberbadiische. Zur mittelbadiischen Gruppe, zu denen die Granitwerke des Murg, Bühler-, Aher- und Rengstales zu rechnen sind, gehörten 1925 vornehmlich die folgenden größeren Betriebe: Rupp u. Müller in Karlsruhe, Ernst Friedrich Meyer in Ottenhöfen, Murgtaler Granitindustrie G. m. b. H. in Karbach, neuerdings nach Hausbach verlegt, Schwarzwälder Granitwerke C. Kieberle in Bühl mit Betrieben in Bühl, Aher, Sasbachwalden, Waldalm und Jorbach in Murgtal, Gertelbach Granitwerk P. Contini in Altschweier bei Bühl, Granitwerke Schwarzenbach G. m. b. H. in Etlingen mit Betrieb in Seebach, Vereinigte Granitwerke in Seebach und Randern, Behring u. Wächter G. m. b. H., Sitz in Berlin, Werk in Furschbach bei Kappelrodt, Artur Brugg in Ottenhöfen, Joseph Goll in Ottenhöfen, Mittelbadiische Hartsteinwerke G. m. b. H. in Lautenbach (Rengstal). Die oberbadiische Gruppe der Granitwerke im Kinzig-, Gutach- und Kandertal. Letztere sind 1925 aus folgenden Betrieben mit 20 und mehr Arbeitern zusammen: Joseph Bohnert in Steinach (Amt Wolfach), Süddeutsche Hartsteinindustrie G. m. b. H. in Haslach mit Betrieben in Hornberg, Niederwasser und Schonach bei Triberg, und Unterkirnach bei Billingen, Vereinigte Granitwerke Seebach und Randern in Ottenhöfen mit Werken in Malsburg und Seebach. Dazu kommen noch das staatliche Porphyrgewerk in Döckeln und das Schotter- und Pflastersteinwerk der Schweizerischen Firma Malleau in Röhningen und Döckeln. Von ihnen gehören die Betriebe der Vereinigten Granitwerke Seebach und Randern mit zu den größten und maschinell am besten eingerichteten in ganz Süddeutschland. Haupterzeugnisse sind Groß-, Klein- und Mosaitpflaster. Es werden jährlich rund 20 000 Tonnen Pflastersteine geliefert. Die Süddeutsche Hartsteinindustrie G. m. b. H. ist erst nach dem Kriege entstanden und eine Gründung der Gebr. Leferenz in Seibelsberg.

Schwerspat wird in einer Grube in Oberwolfach-Schwarzenbach gewonnen und in einer Schwerspattmühle in Wolfach verarbeitet. Das Unternehmen besteht seit 1918 und es werden heute täglich 60 bis 100 Tonnen Koffschwerspat gefördert. Der Schwerspat findet hauptsächlich in der Farbenindustrie Verwendung.

vom Bundesvorstand ausgearbeitet worden ist, und von den Verbänden für diese Erhebung benutzt werden soll.

In der Debatte gingen die Vertreter der Verbände insbesondere auf die Berichterstattung über die Lohnbewegungen und die Geschäftslage in einzelnen ausgewählten Industrien ein. Der Lohnpolitische Ausschuß des ADGB wird sich mit diesen Plänen noch in einzelnen beschäftigen.

Der Bundesausschuß gab einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Dreischichtensystem für die Hüttenarbeiter in kürzester Frist wieder zur Einführung gelangen muß, und die Hüttenarbeiter dem Schuß des § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden müssen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates müsse daher seine Untersuchung beschleunigt durchführen und der Reichsarbeitsminister alsdann die entsprechende Verordnung erlassen.

Ferner nahm der Ausschuß einstimmig folgende Entschließung an: Der Ausschuß des ADGB erhebt Protest gegen die von den Parteien des Bürgerblocks im Reichstag beantragte Verschlechterung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Durch die Zulassung der 60stündigen Arbeitswoche und der Sonntagsarbeit wird in mehr als der Hälfte aller Betriebe die Kontrolle der Aufsichtsbehörden über die Einhaltung der Arbeitszeit zur Unmöglichkeit. Die Arbeitslosigkeit im Beruf wird eine starke Zunahme erfahren und Reich und Gemeinden noch stärker belastet.

Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus besteht durchaus nicht. Seit der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages ist eine starke Zunahme der Maschinenbetriebe zu verzeichnen, wodurch eine bedeutende Zahl von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wurde.

Eine lange und unkontrollierbare Arbeitszeit würde bei der Broterzeugung wieder die groben Mißstände auslösen, wie sie so häufig vor der Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien bestanden haben. Der Achtstundentag und die sechsstündige Arbeitswoche sind in diesem Gewerbe mit mehr als zwei Drittel Kleinbetrieben unbedingt notwendig, wenn das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, unter Beobachtung aller hygienischen und sanitären Anforderungen einwandfrei hergestellt werden soll.

Im Auftrage der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission erstattete Genosse **Schlimme** (Bundesvorstand) dann Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstützungswesen und unterbreitete formulierte Richtlinien. Nachdem für die Vereinheitlichung des Beitragsgeldes und der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vorschlägen der Kommission vom Bundesausschuß verabschiedet worden waren, stimmte er den neuen Vorschlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der Jahrgangsmäßigen Beiträge (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Karenztage für Kampfunterstützungen (Streit und Maßregelung) sowie für soziale Unterstützungen herbeiführen sollen. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegenwärtig Stimmen angenommen. Diese werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstagen der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai befaßte sich der Bundesausschuß zunächst mit der endgültigen Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß. Als Vertreter des Bundesvorstandes werden Leipart, Grafmann und Gertrud Hanna am Kongreß teilnehmen. Außer den bereits in der 7. Bundesausschußsitzung genannten Verbandsvertreter wird auch August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungssekretär des ADGB **Alexander Knoll**. Knoll trat für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen „Elementarschulen“ ein, d. h. den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine örtliche Zentralisierung der bestehenden Schuleinrichtungen und Kurse der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schuleinrichtungen. Die Zahl der festangestellten Lehrkräfte kann infolgedessen auf einige wenige beschränkt werden. Die Verbände können für die besonderen Lehrzwecke nach wie vor ihre eigenen Lehrkräfte stellen. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schülern Raum bieten. — Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sondereinrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Debatte ergab die einstimmige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan der neuen Bundeschule. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Errichtung der Schule nunmehr vorzubereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben künftiger Regelung vorbehalten.

Zum Schluß der Tagung erfolgte die Wahl der Reichsarbeitsrichter.

Gewerkschaften und Arbeitsmarkt.

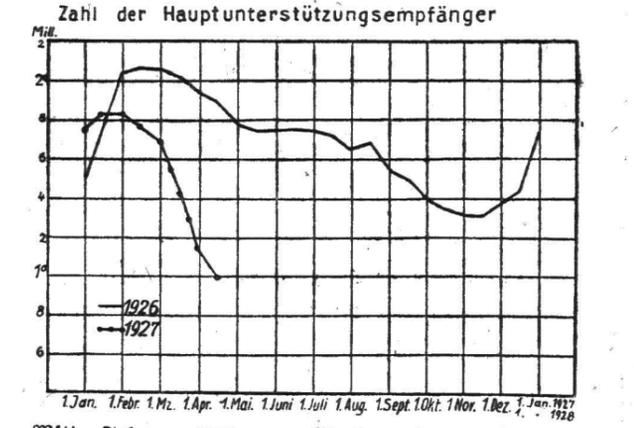
Die Gewerkschaften sind an der Gestaltung des Arbeitsmarktes in mannigfacher Beziehung interessiert. Auf die Bezahlung der Arbeitskraft wirkt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in Arbeitskräften stark ein, wenn auch der kollektive Arbeitsvertrag die Unabhängigkeit der Tarifverträge und die natürliche Grenze des Existenzminimums dieses Preisgesetzes für die Arbeitskraft stark abschwächen. Immerhin ist es eine gewerkschaftliche Erfahrungstatsache, daß bei vorherrschendem Mangel an Arbeitskräften Lohn- und Arbeitskämpfe mit mehr Aussicht auf Erfolg geführt werden können, als wenn auf dem Arbeitsmarkte ein Ueberangebot besteht, wenn das Heer der Arbeitslosen groß ist.

Dem gewerkschaftlichen Schuß unterliegen aber nicht nur die Arbeitenden, sondern auch die Erwerbslosen. Es ist ja allbekannt, daß rührige Gewerkschafter bei eintretendem Belegschaftsabbau von unseren Unternehmern mit Vorliebe an die Spitze der Kündigungsliste gestellt werden. Für sie in diesen Zeiten zu sorgen, übernimmt einmal der Staat durch die Erwerbslosenfürsorge, die auch eine gewerkschaftliche Errungenschaft ist, zum anderen aber auch in den meisten Verbänden die Verbandskasse durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung des Verbandes. In unserem Verbande besteht diese Einrichtung nicht, weil die Mehrzahl der Mitglieder das so wollte. Wenigstens bisher so wollte!

Einen dritten Berührungspunkt zwischen Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit finden wir, abgesehen von den verschiedenen moralischen Schädigungen, die unfreiwillige Arbeitslosigkeit für den Arbeiter mit sich bringt, in dem Titel „Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge“ in den Haushalten des Reiches, der Länder und Gemeinden. Die von diesen Körperschaften hierfür verausgabten Millionen müssen von den Arbeitenden als die einzigen, die Werte schaffen, zum überwiegend größten Teil wieder aufgebracht werden. Und daß für sie Erleichterungen eintreten oder die von ihnen aufgebracht Beiträge zu anderen Kulturaufgaben verwandt werden können, ist ebenfalls gewerkschaftliches Streben.

Daß auch der erwerbslose Arbeiter eine menschenwürdige Unterstützung erhalten muß, ist eine alte gewerkschaftliche Grundforderung. Diese Erwägungen sollen nur die vielseitige Verbundenheit von Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit zeigen. Folgende Kurve zeigt die Arbeitslosigkeit im deutschen

Reiche, gemessen an der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in den beiden letzten Jahren.



Mitte Februar 1926 war mit 2 058 853 unterstützten **Boll** erwerbslosen der höchste Stand in den beiden letzten Jahren erreicht. Dann fiel die Kurve, von leichten Unterbrechungen abgesehen, bis Mitte November des vergangenen Jahres, um in den Wintermonaten wieder anzusteigen. Bis Anfang März 1927 hielt diese Steigerung, wie die untere Linie zeigt, an. Von da ab ging die Erwerbslosigkeit in einem außerordentlich erfreulichen Tempo zurück, so daß am 15. April dieses Jahres seit Dezember 1925 das erstmalig die Millionengrenze unter schritten wurde.

Das Schaubild zeigt mit großer Deutlichkeit den Einfluß der Jahreszeiten auf den Arbeitsmarkt. Die Wintermonate bringen jedesmal ein Ansteigen der Elendskurve. Immerhin ist der erfreuliche jähe Abfall in diesem Jahre nicht allein durch das milde Frühjahrswetter zu erklären. Es kommen noch andere Gründe hinzu. Einmal zeigt die Darstellung nur die unterstützten **Boll** erwerbslosen. Die **Krisen** unterstützten sind nicht darin enthalten, und gerade ihre Zahl hat sich im letzten Vierteljahr um fast 100 000 erhöht. Aber auch das erklärt allein noch nicht den starken Rückgang des Erwerbslosenhaares. Der wichtigste Grund liegt in einer Besserung der Wirtschaftslage. In vielen Zweigen unserer Wirtschaft können heute mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden als vor einem Jahr.

Tragen wir auch hier nach dem Grunde. In den letzten Monaten haben die Gewerkschaften in fast allen Berufen Lohn-erhöhungen durchzusetzen vermocht. Für den einzelnen Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um vielleicht nur einige Pfennige; das macht aber für einen Gewerbebetrieb in einer Woche oft viele Millionen Mark aus. Und die Arbeiter haben diesen Mehrverdienst nicht nach alter Großmutterfeste im Strumpf verwahrt, denn zum Sparen reicht es heute ja nur bei ganz wenigen, sondern sie haben das Geld in Sachen angelegt. Weil nun mehr gekauft wurde, mußte mehr erzeugt werden, und so fanden viele bis dahin Erwerbslose wieder Arbeit.

Wenn uns diese Betrachtung etwas Lehren kann, dann nur das eine, daß Gewerkschaftsarbeit das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Die Folgen reichen allen Teilen zum Vorteil. Für die Arbeitenden verbessern sich die Aussichten für künftige Lohn- und Arbeitskämpfe, da die industrielle Reservearmee sich verkleinert. Die Volksgesamtheit profitiert dadurch, daß die notwendigen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften für andere kulturelle Notwendigkeiten frei werden, und die Erwerbslosen finden wieder leichter einen Arbeitsplatz. Tiefe erfreuliche Entwicklung aber kann nur anhalten, wenn die Gewerkschaftsarbeit auch in Zukunft Erfolge hat. Mag diese Erkenntnis eines jeden Gewerkschafters dazu beitragen, daß jeder, der seinem Berufsverbande gegenüber seine volle Pflicht tut, nicht nur sich selbst und seiner Familie dient, sondern auch wirksam seinen erwerbslosen Arbeitskameraden hilft.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

- Sperrt:**
1. Gau (NW): Die Firma **Heinke**, Baustelle **Groß-Mehberg** bei **Bollratsruhe** (Mecklenburg-Schwerin) wegen Nichtzahlung der Tariflöhne.
 4. Gau: Die **Steinfirmen**: **Kummler-Völker** und **Witte in Braunschweig**, **Diedrich und Wolf in Wolfenbüttel**, **Ede in Helmstedt**, **Hoffmann in Gandersheim**, **Ludwig in Seehausen**, **Meyer in Schöppenstedt**, **Müller in Schlade**, haben trotz wiederholter Ermahnung keine Wohlfahrtsbeiträge abgeführt.
 9. Gau: In **Breitenborn** für **Steinrichter der Pflastersteinbetrieb der Mitteldeutschen Hartsteinindustrie**, **Sitz Frankfurt a. M.**, wegen Lohn Differenzen.

- Streik:**
1. Gau (NO): In **Brandenburg** (Steinseher).
 4. Gau: In **Magdeburg** bei der Firma **Reimar** (Marmorbetrieb). Grund: Lohn Differenzen. — In **Wöbzin** die **Fabrikarbeiter und Hilfsarbeiter** in allen dortigen Pflastersteinbetrieben und Schotterwerken. — In **Deßau** **Steinmehlen**.
 6. Gau. In **Mittel- und Südbaden** in der **Werksteingruppe**.

Erledigt: Streik in **Heinersdorf**. — Ein kurzer Streik in **Bad Müling**. — Die Sperrt über das **Grabsteingeschäft Hugo Meier** in **Detmold**.

In den vorstehenden Notizen sind alle Sperrungen gestrichen, über die seit 3 Wochen nichts berichtet wurde.

Mitgliederzählung vom 1. Quartal 1927. Bestand am 31. Dezember 1927: 54 489.

Zugang: Eingetreten 5077; übergetreten 375; zugereift 686; zusammen 60 627.

Abgang: Ausgetreten 633; gekündigt 1443; ausgeschloffen 12; zu anderen Verbänden übergetreten 405; abgereift 758; gestorben 95; bleibt am 31. März 1927 ein Bestand von 57 281 Mitgliedern.

Zunahme gegenüber dem 4. Quartal 1926: 2792 Mitglieder. Von der Gesamtmitgliedschaft sind 381 weibliche, 657 jugendliche und im Steinseherberuf tätige 10 618. — Zahlstellen: 626.

Die nachstehende Tabelle unterrichtet über den Mitgliederbestand vom 4. Quartal 1926 und dem 1. Quartal 1927 in den einzelnen Gaubezirken:

Gau	IV. Quartal 1926			I. Quartal 1927		
	Steinarbeiter	Steinseher	Insgesamt	Steinarbeiter	Steinseher	Insgesamt
I. N. O.	1132	2661	3793	1174	2536	3710
I. N. W.	1280	2408	3688	1523	2386	3909
II.	8099	1342	9441	8532	1418	9950
III.	11141	717	11858	12044	737	12781
IV.	4552	2380	6932	4966	2487	7453
V.	3136	653	3789	3376	649	4025
VI.	3633	13	3646	3952	13	3965
VII.	4005	132	4137	3797	145	3942
VIII.	3191	198	3389	3261	209	3470
IX.	3730	48	3778	3993	38	4031
Einzelsahler	38	—	38	45	—	45
Insgesamt	43937	10552	54489	46663	10618	57281

Die erfreuliche Zunahme hielt auch im laufenden Quartal an, wie aus den eingegangenen Neu- und Mehrbestellungen des „Steinseher“ hervorgeht. Es ist demnach beim Abschluß des 2. Vierteljahres mit einer noch höheren Gesamt-Mitgliedsziffer zu rechnen.

Die werbenden Mitglieder wird das vorstehende Ergebnis...
Gefahren im Steinbruch. Am 23. Mai ereignete sich in dem zu der Firma Schauburger Steinbrüche A.G. gehörigen Bruch 1 ein schwerer Unglücksfall. Der 23jährige Kollege Karl Hofstein geriet beim Rangieren des Lastzuges zwischen Maschine und Anhänger. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein. Den Führer des Lastwagens soll keine Schuld treffen, da der Wagen trotz starken Bremsens rutschte.

Steinarbeiter.

Demig-Thumitz. Im Stadtbruch Bischofswerda bei der Firma Sparmann haben im Februar und März fast alle Pflastersteinarbeiter den nach § 18 der RWB. für die Pflasterstein- und Schotterindustrie garantierten Akkordlohn nicht verdienen können. Die Firma erklärt ganz einfach, daß diese Arbeiter nicht dazu beschaffen seien, auf Grund des Akkordpreises den Akkordlohn zu verdienen und zahlt den in diesem Falle den Arbeitern zuzehenden Normalstundenlohn nicht aus. Wir sahen uns deshalb gezwungen, das Gewerbegericht in Bischofswerda anzurufen und Klage einzureichen, weil die Bezirksarbeitsstelle, worin der Geschäftsführer Mann von derselben Firma Sparmann Vorsitzender ist, vollständig verlag.

Wenn wir nun aber der Meinung waren, daß wir vor dem Gewerbegericht in Bischofswerda Recht bekommen würden, haben wir uns stark getäuscht, denn das Gewerbegericht hat nach zweimaliger Verhandlung uns abgewiesen. Klagen solcher Art haben bereits an allen Gewerbegerichten, wo die Steinindustrie liegt, stattgefunden, und alle diese Klagen sind von den Gerichten stets zu unseren Gunsten ausgefallen. Das Gewerbegericht Bischofswerda hat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Müller bereits am 29. Dezember einen Vergleich gegen eine andere Firma in gleicher Sache zu unseren Gunsten zuwege gebracht. Wie auf einmal diese Umwandlung desselben Gerichtes und des einen oder beider Beisitzer? Die ganze Geschäftsführung des Vorsitzenden war, wie unschwer zu erkennen ist, gegen die Kläger, also gegen die Arbeiter eingestellt. Von den zwei angeforderten Gutachten war dasjenige des Gauleiters, Kollegen Müller, bestimmt und klar zugunsten des Klägers abgefaßt, das Gutachten für die Gegenseite enthält Unklarheiten. Sieht man sich nun das Urteil an, so muß man um so mehr erstaunt sein, weil in der Begründung der Vorsitzende des Gerichtes Absatz 2 und 3 des Bezirkslohnstarifes vermengt (daselbe wie RWB.) und damit beweist, daß er die Sache nicht versteht oder nicht verstehen will. Weiter muß dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß der Beisitzer Baumann, ein Schneidermeister, ebenfalls als Sachverständiger vom Bürgermeister Müller angehen wird. Gegen eine solche Annahme erheben wir ganz energisch Protest. Wie das Gutachten des zweiten Beisitzers eines Steinmeßers von der Firma Sparmann ausgeht hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Soviel steht aber fest, das Gewerbegericht Bischofswerda hat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Müller ein Urteil gegen die Arbeiter gefällt, das unhaltbar ist und sich den Aussagen des Geschäftsführers Mann von der Firma Sparmann anschließt: daß im Stadtbrüche Bischofswerda die Arbeiter herumstehen und die Pflastersteinarbeiter zum größten Teil faule Arbeiter sein sollen.

Steinarbeiter, so merdet ihr vom Arbeitgeber und dem Bürgermeister Müller in Bischofswerda behandelt! Zieht daraus die richtige Schlussfolgerung! Im übrigen hat die Gauleitung die Sache an eine höhere Stelle zur Begutachtung weitergegeben.

Hildesheim. Außerordentliche Versammlung am 22. Mai 1927. Tagesordnung: Stellungnahme gegenüber der Firma Hugo Meier, Detmold, Kartellbericht des Kartelldelegierten, Kollegen Klute, Verschiedenes. Diese Versammlung wurde bedingt durch das haltstarke Verhalten der Firma Hugo Meier in bezug der Tarifanerkennung. Trotzdem die erwähnte Firma gesperrt ist, reisten doch 5 Kollegen zu. Davon sind zwei im Baugewerksbund, einer im Christlichen und zwei in unserem Verbände organisiert. In der Versammlung erklärten sich diese Kollegen bereit, für die Anerkennung des Tarifes seitens der Firma einzutreten und eventuell im Weigerungsfalle die Arbeit einzustellen. Der diesbezügliche Antrag wurde auch einstimmig angenommen. In Punkt 2 erstattete Kollege Klute, der in der Zahlstelle als Kartelldelegierter fungiert, Bericht von der letzten Kartelltagung über die angewandene Taktik in der Gewerkschaftsbewegung. Der Bericht wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört. Im Punkt Verschiedenes entwickelte sich eine anregende Debatte über die betrieblichen Verhältnisse der Firma Karl Meier, Detmold. Obwohl schon wiederholt bei dieser Firma beschäftigte Kollegen nach kurzer Zeit unter Zurücklassung ihres rückständigen Lohnes abreißen mußten, gelang es dieser Firma doch wieder, vier Kollegen heranzulocken. Auch die können wiederum nur einen Teil ihres Lohnes erhalten. Außerdem steht noch eine Forderung der vorherigen Kollegen im Betrage von 250 Mark in Form eines Schecks, lautend auf die Gewerbebank Detmold, aus, der trotz mehrmaligen Präsentierens nicht eingelöst wird, da die nötige Deckung bei der Bank von der Firma fehlt. Selbst die Kostgeber müssen wochen- ja monatelang auf das rückständige Kostgeld warten, dies alles durch Verschulden der Firma. Es kann nicht oft und ausdrücklich genug vor dieser Firma Karl Meier in Detmold gewarnt werden. Angebracht wäre es, und auch Wunsch der Zahlstelle, wenn dieser saubere Herr, der den höchsten Firmen titel führt: „Westdeutsche Baustoffzentrale, Grotenburger Sandsteinbrüche Inh. Karl Meier u. Sohn“ öfter klar und deutlich im Steinarbeiter geschilbert würde. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende, Kollege Kluge, schon mit Rücksicht auf die hier bestehenden Verhältnisse, treu und fest im Verbände zusammenzuhaltenden und immer neue Mitglieder zu erziehen suchen, denn nur durch unsere Organisation können wir zum Ziele gelangen und unsere Existenz freier und sorgenloser gestalten. Den Widerstand dagegen sind wir jedenfalls entschlossen, zu brechen.

Obbüßeln. Der jetzige Lohnkampf am Ort hat seine Wurzel in einer bereits im Dezember vorigen Jahres eingeleiteten Verhandlung. Am 20. Dezember 1926 fanden Verhandlungen in Halle statt; unzureichende Forderung war: 15 Proz. auf alle bestehenden Löhne. Die Unternehmer antworteten mit einem 10prozentigen Lohnabzug, weil Absatz und Aufträge sehr schlecht wären. Der Gauleiter, Kollege Schlegel, und die Lohnkommission versuchten an Hand der gestiegenen Lebenshaltungskosten und den in anderen Bezirken gezahlten Löhnen eine Erhöhung herbeizuführen; trotz aller Mühe verlief die Verhandlung ergebnislos, nur für die verheirateten Hilfsarbeiter bewilligten sie eine Lohnzulage von pro Stunde 2 Pf. Die „Lohnherhöhung“ wurde in der Versammlung von den Kollegen abgelehnt. Darauf fanden am 24. März 1927 in Magdeburg erneut Verhandlungen für den gesamten Bezirk statt. Dort verhielten sich die Unternehmer ebenfalls hartnäckig ablehnend. Darauf wurde dann das Tarifamt in Goslar angerufen, das am 7. April tagte und folgenden Spruch fällte: „Alle Stundenlöhne werden in der Spitze um 2 Pf. erhöht.“ Dies wurde von unseren Kollegen ebenfalls abgelehnt. Am 30. April beschäftigte sich das Haupttarifamt in Berlin mit unserer Sache. Sein Spruch war folgender: „Alle Stundenlöhne erhöhen sich um 6,8 Proz., die Akkordlöhne sollen drücklich geregelt werden. Der Spruch wurde in einer schwachbesuchten Versammlung von den Kollegen angenommen. Am 16. Mai fanden dann die örtlichen Verhandlungen statt wegen Regelung der Akkordlöhne. Nach dreistündiger Verhandlung bewilligten die Unternehmer nur ganz geringe Sätze, die im Beisein des Kollegen Schlegel in der darauf folgenden Versammlung abgelehnt wurden und der Streik beschloß. Die Kollegen sind gewillt, solange im



Die Marke der organisierten Verbraucher!

GEWERKSCHAFTEN, fordert nur GEG-ZIGARETTEN IN EUREM KONSUMVEREIN

Ausstände zu verharren, bis ihre geringen Forderungen anerkannt sind. Trotz aller Schlitzen der Unternehmer, die dauernd verlegen sind, die Reihen der Streitenden zu zerbrechen, stehen die Kollegen fest. Die Hilfsarbeiter schlossen sich am Donnerstag, dem 18. Mai, dem Streik der Facharbeiter an. Darauf antworteten die Unternehmer, daß sämtliche Belegschaftsmitglieder, die bis Freitag, den 19. Mai, die Arbeit nicht aufgenommen haben, reiflos entlassen sind, sie hatten aber damit wenig Erfolg. Mit solchen abgeleiteten Tricks sollten die Unternehmer doch heute nicht mehr kommen. Von den 273 streikenden Kollegen aus 7 Betrieben sind einige nach wenig Tagen schon zum Streikbrecher geworden. Ihre Namen sind: Mag Brömmel, Karl Dunkel sen. (beide waren früher Vorsitzende unserer Zahlstelle), Hermann Erbarth sen., Albert Schwarz, Wilhelm Gerhardt, Friedrich Eschke und Wilhelm Eschke. Der Solidarität der übrigen Kollegen in Deutschland sind wir sicher!

Steinsetzer und Pflasterer.

4. Gau. Eine feine Firma im Bezirk Sommerda-Straußfurt. Dieser Bezirk war für den Steinsetzerberuf seit jeher ein recht prächtiges Arbeitsfeld. Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergänzten sich gegenseitig im Indifferentismus und in Würstigkeit. Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit, der vertraglichen Lohnsätze usw. wurde einfach zur Plage. Für aufgeklärte Arbeitnehmer, auch gerade denkende Unternehmer, warblich nichts Angenehmes. Zur Zeit gibt wieder einmal der Steinsetzerunternehmer Saal aus Grünningen eine Gastrolle. Für Rechnung der Provinz Sachsen, Landesbauamt Erfurt, führt genannte Firma eine größere Kleinfestpflasterung zwischen Weißensee und Tennstedt aus. Die Firma erhält zwar dieselben Preise wie andere Firmen auch, jedoch den Tarifvertrag anerkennen und natürlich erfüllen, dazu hat sie keinen Scheiß. Saal ist zweimal zur Anerkennung des Tarifvertrages schriftlich aufgefordert worden. Während er den Empfang der Zuschriften ableugnet, erklärt sein hoffnungsvoller Sprößling im selben Augenblick: „Denkt ihr, mer sein so dumm, eier Zeit zu unerschreiben? Fällt uns gar nicht ein!“ Da die Arbeiter nur 55 und 60 Pf. Stundenlohn bekommen, meint Saal senior und junior, wem's nicht paßt, kann gehen, wir kriegen genug andere Arbeiter. Auf das Fehlen eines Aborts aufmerksam gemacht, verleiht Saal junior zu dem Ausdruck: „Wer ich... will, kann auf den Abort gehen!“ Der als Baubude aufgestellte Wagen dient gleichzeitig als Schlafräum. Fragt aber beileibe nicht, wie so ein Lager ausschaut! Bedauerlicherweise schläft darin sogar ein organisierter Steinsetzer aus Erfurt. Der Bruder des Unternehmers Saal bekommt es natürlich fertig, unseren Organisationsvertreter als Faulenzer und Aufsteher zu bezeichnen. Er arbeitet gern etliche Wochen pro Stunde billiger und dafür alle Tage mehrere Stunden länger, weil das auf eins herausläuft. Ein anderer Anwandler des Unternehmers, seines Zeichens Arbeiter, meinte, ob wir etwa in der Baubude noch einen Spiegel forderten. Nachdem der Unternehmer Saal nochmals mündlich zur Tarifanerkennung aufgefordert wurde, erklärt dieser, das nur dann zu tun, wenn wir die Kleinfestpflasterer, die ihm als Konkurrenten lästig seien, vorher beseitigen und ihm in den einzelnen Kommunen zufriedenstellende Preise sicherten! Wirklich ein Gemütsmenschen!

Leider sind unsere Verbandskollegen, die bei dieser netten Firma in Beschäftigung stehen, zur Zeit noch nicht auf der Höhe, um ihn sofort und ad Ort und Stelle die Dichtung auszustellen. Wir rechnen aber damit, daß auch diese noch soweit kommen, um sich für die liebenswürdige Behandlung dieses Saal nebst seiner Sippe zu revanchieren.

Und die Bauverwaltung? Wir sagten schon, daß die Provinz Sachsen in Frage kommt. Der Gauleiter hat in zwei Schreiben dem Landesbauamt Erfurt, als nächstliegende Instanz, Ausschluß gegeben und erjucht, gegen die Firma Saal vorzugehen. Eine Antwort ist nicht erfolgt, wenigstens bis zum Niederbetreten dieses Berichtes nicht. Stellt sich der zukünftige Bautat so ein, wie sein Straßennamengebiet, na, dann laßt alle Hoffnungen draußen. Dieser Herr wollte im Vorjahre unsern Funktionär von einer Baustelle weisen, natürlich ohne Erfolg. Dem Gauleiter erklärte er, daß ihm das alles nichts angehe. Er habe keine Zeit, und um seine Notdurft zu verrichten, würde er aber auch lieber das Feld, anstatt den Abort benützen! Von fiktionalen Bauverwaltungen sollte man annehmen, daß sich diese unbedingt an gesetzliche und vertragliche Bestimmungen anlehnen und auch erfüllen. Leider spricht die Praxis eine andere Sprache.

Wann wird die Arbeiterschaft aufwachen, um solche Mißstände zu beseitigen? An der Organisation selbst liegt es wahrlich nicht, denn diese steht schon zum Schutz und Trutz bereit!

Bamberg. In einer Versammlung von Straßenbauinteressenten im Restaurant „Lambos“ wurde das heute besonders aktuelle Thema „Der moderne Verkehr und die Straßen“ ausgiebig erörtert. Erschienen waren Vertreter des Bezirksbauamts, des Stadtrats, des Bauamts und der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Straßenbaugewerbes. An der Hand von Verkehrs- und Straßenarten und besonderen Sitzungen behandelte der Sektionsleiter, Kollege Linke-Weipzig, die durch den Kraftwagendverkehr geschaffenen Verkehrs- und Straßenprobleme. Gemessen an dem Kraftwagendverkehr anderer Länder ist der deutsche noch außerordentlich entwicklungsfähig. Der Kraftwagendverkehr drängt sich auch in Deutschland in der Hauptsache auf die industriellen Bezirke und auf die Städte zusammen. Die alte wassergebundene Schotterstraße ist den Einwirkungen des Kraftwagendverkehrs nicht gewachsen. In kurzer Zeit werden diese vollkommen zerstört. Es gilt eine Straßenbede zu finden, die bei größter Wirtschaftlichkeit und längster Haltbarkeitsdauer, den Wirkungen des Kraftwagendverkehrs standhält. Die auf Grund der Verkehrs-zählungen auf den Straßen gewonnenen Größen werden technisch ausgewertet. Nach der Inflation ist eine Unzahl neuer Straßenbefestigungsmittel auf den Markt geworfen worden, wovon jedes einzelne von sich behauptet, der lange gesuchte Stein der Weisen zu sein. Die großen deutschen Straßenbauverwaltungen traten diesen Neuerungen mit der größten Reserve gegenüber. Auf eigens angelegten Versuchstraßen wurden die Straßenbeden erprobt. Die bayrische Regierung baute die Versuchstraße München-Sauerlach, die rheinische Provinzialverwaltung die Versuchstraße Heerdt-M-Gladbach, usw. Das größte Interesse nimmt die Versuchstraße des deutschen Straßenbauverbands in Anspruch, welche mit Unterstützung des Reichs in der Nähe Braunschweigs im Jahre 1925 gebaut wurde. Von den auf dieser Straße eingebauten Straßenbeden liegen schon verschiedene Wertungen vor. Das Kleinfestpflaster hat in Braunschweig wie überall den Einwirkungen des Kraftwagendverkehrs am besten widerstanden, während alle andern eingebauten Straßenbeden, Teer-, Beton-, Asphalt und Schotterdecken mehr oder weniger umfangreiche Schäden und Zerstörungen unter dem Kraftwagendverkehr erlitten haben. Das Kleinfestpflaster, das schon vor dem Kriege die größte Verbreitung auf Grund seiner technischen Vorzüge gefunden hat, setzt sich auch gegen die neuen Straßenbefestigungsmittel als das Bessere durch. Ueberall findet es jetzt steigende Verwendung, um die deutschen Landstraßen dem Kraftwagendverkehr anzupassen. Die Rheinprovinz hat im Jahre 1926 allein 210 Kilometer Straßen mit Kleinfestpflaster hergestellt. In Sachsen findet es auf den schwerst belasteten Straßen uneingeschränkte Anwendung. Das gleiche ist in allen andern Ländern der Fall, und auch in Bayern zeigt sich seine vermehrte Anwendung. Nachdem der Vortragende die Frage der reinen Autostraßen mit ihren technischen Neuerungen behandelt hatte, streifte er die Schwierigkeiten und die gewaltige Größe des ganzen Straßenbauproblems und stellte fest, daß die Anfänge der Umwandlung des bestehenden Straßennetzes zu Kraftfahrzwecken trotz größter finanzieller Schwierigkeiten zu den besten

Hoffnungen berechtigt. Technisch ist das Problem gelöst, das Kleinfestpflaster aus dem heimischen Naturstein hat seine Stellung in dem Kampfe der verschiedensten Straßenbeden voll behauptet, die wirtschaftliche Wiedererstarbung Deutschlands wird auch die finanziellen Kräfte zum Gelingen des großen Wertes in Bewegung setzen. In der Aussprache wurden die Grundgedanken des Vortragenden unterstützt. Die Stadt Bamberg und besonders Stadtoberbaudirektor Buchner erkennen an, daß die schwerstbelasteten Straßen nur mit Kleinfestpflaster dem Kraftwagendverkehr widerstehen können.

Friedland in Mecklenburg. Am 15. Mai fand im Geschäftshaus Wienholz unsere Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Duplow den Kassendbericht. Auf Antrag des Revisors Kollegen Knüppel wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zu Punkt 2, Wahl eines Delegierten zum Verbandstag, fand eine rege Aussprache statt, und zwar dahingehend: Da den Kollegen keiner der vorgeschlagenen Delegierten bekannt ist, auf welchem Boden er steht, verzichtete die hiesige Ortsgruppe auf die Wahl. Der Kollege Wilschke gab den Kartellbericht. Besonders großen Unwillen erregte die Mitteilung, daß die Kartellunterstützungskasse, deren Gründung jetzt vollzogen werden sollte, durch das Verhalten der größten Gewerkschaft hier am Orte so gut wie gescheitert ist. Weiter stellte Kollege Lenke den Antrag, daß bei außerordentlichen Kartelltagungen die Kartelldelegierten extra eingeladen werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenes gab Kollege Lenke einen interessanten Bericht von den stattgefundenen Lohnverhandlungen. Des weiteren gab der Vorsitzende, Kollege Urbanek, bekannt, daß 2 Bücher gekauft seien und zwar: „Wir Männer vom Steinbruch“ und „Arbeiter vom Bau“. Da nichts weiter vorlag, schloß der Kollege Urbanek die Versammlung.

Bekanntmachungen der Zahlstellen u. Gauleitungen

- Grünberg i. Schl. Die Mitgliederversammlung findet am 1. Pfingsttag, nachmittags 2 Uhr oder 14 Uhr, in Drentkau statt.
- Germerode. Versammlung am 2. Pfingsttag um 14 Uhr (2 Uhr nachmittags). Verbandsbücher mitbringen!
2. Gau: Diegnitz. Am Sonntag, dem 26. Juni, 10 Uhr, findet in Diegnitz, Volkshaus, Bismarckstr. 4, eine Gaukonferenz des 2. Gaus (Steinarbeiter) mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht vom Verbandstag und Durchführung der Verbands-tagesbeschlüsse. Referent: Gauleiter Senft. 2. Das Arbeitsgerichts-gesetz. Referent wird noch bestimmt. 3. Gewerkschaftliches. Auf je angefangene oder volle 100 Zahlstellenmitglieder ist ein Delegierter zu entsenden. Die Delegationskosten tragen die Zahlstellen.
- Am 27. Juni ist die Besichtigung der Gartenbau- und Gewerbeausstellung in Diegnitz (Gugali) vorgelesen. Die Zahlstellen werden gebeten, den Konferenzdelegierten die Teilnahme durch Bewilligung der Mittel zu ermöglichen. Für die rechtzeitig gemeldeten Teilnehmer werden die Eintrittskarten von hier aus besorgt. Anmeldungen der Delegierten zwecks Unterkunft und Verpflegung bzw. Teilnahme an der Ausstellungsbefestigung sind bis längstens 20. Juni an den Kollegen Karl Senft, Diegnitz, Blücherstr. 1, zu richten! Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt eine zeitliche Besichtigung der Konferenz. J. A. Senft, Gauleiter.

Adressenänderungen.

1. Gau (RWB.): Geberg. Kass.: Otto Gilinski, Oldesloer Straße 113. — Langwedel. Vorj.: Heinr. Sündermann
3. Gau: Diehensdorf. Vorj.: Paul Uhlig, Köthensdorf Nr. 9, Post Köthensdorf-Reichenhain (Chemnitz). Kass.: Joseph Adamec, Laura b. Burgstädt, Baugenossenschaft Nr. 301. — Rennersdorf, Post Stolpen (Sachsen). Vorj. und Kass.: Max Böllner in Albstadt, Nr. 50, Post Stolpen (Sachsen).
5. Gau: Steele. Vorj.: Franz Handl, Altdorf a. d. Ruhr, Holteyerberg 10.
6. Gau: Oberwießen (Pfalz). Vorj. u. Kass.: Philipp Weid.

Anzeigen

Tüchtigen Steinbruchschmied stellt für dauernde Beschäftigung ein Jos. Dorfner, Granit- u. Granulitwerk Diehensdorf, Bezirk Leipzig.	Tüchtige Pflastersteinschläger suchen Schlesische Harleinstenwerke G. m. b. H., Lauban Basaltsteinbruchbetrieb: Hartmannsdorf bei Marklissa.
Sämtliche Steinmetz- u. Marmorwerkzeuge schärft und fertigt neu fachgemäß an Gustav Jegrduka, Essen, Wörthstraße 38.	Tücht. Steinmetzen für saubere Werksteinarbeit bei längerer Arbeitsdauer sofort gesucht. Bezahlung nach Tarif. Für Unterkunft wird gesorgt. Sandsteinbrüche E. Wellhausen, Unsen bei Hameln Station Hasperde der Strecke Hannover-Altenbeken.
Pflasterhämmer aus bestem Schweißstahl Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82	3 Marmorschleifer zum sofortigen Eintritt gesucht. Marmorwerk Isler A.-G., Plochingen a. N.

Gestorben.

Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden in folgender ihrer (späten) Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.

In **Bauhen** am 30. April der Brecher Kurt Bürger, 25 Jahre alt, Unfall im Steinbruch.

In **Mannheim** am 12. Mai der Sandsteinmetz Adam Ewald, 56 Jahre alt, Lungentuberkulose (15^{1/2} Monate krank); am 18. Mai der Sandsteinmetz Peter Rupp, 52 Jahre alt, Lungentuberkulose (5 Wochen krank).

In **Berlin** am 18. Mai der Steinerschläger Anton Wittke, 67 Jahre alt, Verblähung.

In **Worms** am 18. Mai der Brecher Konrad Edelmann, 66 Jahre alt, Darmtrebs (3 Monate krank).

In **Gruiten** am 19. Mai der Hilfsarbeiter Karl Höhner, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose (7 Tage krank).

Chreihrem Andenten!

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag; Ernst Winkler, beide in Leipzig.

Das Schicksal der Mieterschutzgesetzgebung.

In wenigen Wochen endet die Geltungsdauer der sogenannten Mieterschutzgesetzgebung (Reichsmietengesetz, Mieterschutzgesetz, Wohnungsmangelgesetz), da diese Gesetze nur bis zum 30. Juni dieses Jahres befristet sind.

„Das Reichsmietengesetz vom 24. März 1922 in der Fassung vom 10. Juli 1926, das Mieterschutzgesetz vom 1. Juni 1923 in der Fassung vom 29./30. Juni 1926 treten mit Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Juli 1927 außer Kraft.“

Zum gleichen Termin tritt das Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923 in der Fassung vom 24. Dezember 1923 außer Kraft, soweit nicht die Länder Ausnahmen für solche Gemeinden bestimmen, in denen eine gewisse Zwangsverteilung von Wohnraum noch notwendig ist.“

Trotz dieses Vorstoßes ist zu hoffen, daß eine uneingeschränkte Verlängerung der Gesetze beschlossen wird. Diese Hoffnung stützt sich allerdings nicht auf die soziale Einstellung der Regierungsparteien und sie entspringt auch nicht dem Vertrauen auf das Reichsarbeitsministerium als der zuständigen Reichsbehörde.

Gelingt es nun auch in den kommenden Reichstagsverhandlungen, die Schutzgesetzgebung um ein oder zwei Jahre zu verlängern, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob hierdurch auf die Dauer das Problem des Wohnungsrechts gelöst ist, d. h. ob selbst bei langamer Besserung des Wohnungsmarktes die alten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches wieder uneingeschränkt in Kraft gesetzt werden können.

Die Beschränkung der Vertragsfreiheit unter sozialen Gesichtspunkten, wie sie sich vor allem im Arbeitsrecht durchgesetzt hat, muß im Mietrecht, das gleichfalls sehr wichtige Lebensbeziehungen der Menschen regelt, ebenfalls gesichert werden.

Um diese Grundgedanken zu verwirklichen, ist eine einheitliche Reichsgesetzgebung erforderlich, die allerdings den Ländern das Recht der Ausführung in einzelnen überlassen könnte.

Faschismus und deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Gar viel wurde in Deutschland während der letzten Zeit vom Aufkommen einer faschistischen Bewegung sowohl geschrieben als auch geredet. Dies insbesondere im Zusammenhang mit dem schon seit Monaten angekündigten Stahlhelmtag, der nunmehr am 8. Mai stattgefunden hat.

Wer draußen in der Provinz von den Vorbereitungen zu diesem Reichstreffen der Schwarzwälder-Frontler las, das die Reichshauptstadt in Erstaunen setzen sollte, und wer Kunde erhielt von den seitens der Berliner kommunistischen Partei geplanten demonstrierenden Gegenmaßnahmen, der konnte die Befürchtung hegen, es würde zu blutigen Zusammenstößen zum gewalttätigen Eingreifen der bewaffneten Macht kommen.

Dieses Treffen der Hafentreibjäger aus allen Teilen Deutschlands sollte darthun, wie stark in unserer Republik der monarchi-

stische Gedanke und Anhang noch oder wieder ist, daß er, wie die Dummheit, nicht totzuklagen, nicht auszurotten sei. Deutschland gilt seit bald zehn Jahren als eine Republik, eine demokratische Republik, die alle Gesinnungen gelten läßt, denn so will es die Demokratie.

Da aber nun einmal diese antirepublikanische Demonstration sich der regierungsmäßigen Duldung erfreuen durfte, aller polizeilicher Schutz für sie ins Werk gesetzt war, noch so kräftige Gegen-

Der Stahlhelmtag und was über ihn hier im Zusammenhang ausgeführt ist, steht mit gewerkschaftlichen Fragen zwar in keinem direkten, wohl aber insofern im indirekten Zusammenhang, als die reaktionäre monarchistische Bewegung doch auch übergreift auf das wirtschaftliche Gebiet und hier ihrem Einfluß Geltung zu verschaffen trachtet.

Was auch Schönes und Gutes über die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung in der Verfassung unserer Republik geschrieben steht, der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft steht sie nur schwache Grenzen, da steht alles nur auf dem Papier.

Es sehen sich wirtschaftliche Gewalt des Besitzes und Reaktion immer mehr durch; ist es einst damit weit genug gekommen, dann werden diese Stahlhelmgardisten ihren faschistischen Charakter offen zur Schau tragen, sich ihm gemäß gegen die Arbeiterschaft im Dienst des Unternehmertums betätigen.

Eine Niederwerfung der Republik, also ein Sieg des monarchistischen Staatsgedankens, muß naturgemäßigerweise eine gewalttätige Unterdrückungspolitik der Reaktion gegen die freiheitlich gestimmte Arbeiterschaft zur Folge haben.

Genügt die deutsche Arbeiterschaft hier ihren Aufgaben in vollem Maße, ist sie dieser in ihrer Allgemeinheit voll und stets eingedenk, und erkennt sie im anmarschierenden Faschismus die drohende Gefahr, von der Reaktion überdummen, zu Boden geworfen zu werden?

Lernt, ihr deutschen Arbeiter, laßt euch ermahnen, aufmuntern zur Werberarbeit und zur Geschlossenheit! Die „Einheitsfront“ wird nie und nimmer zustande kommen im Herunterreißen von sozialistischen Parteirichtungen, anderer Einstellung als kommunistischer, nicht durch Herabsetzung der Gewerkschaftsarbeit als reformistisch, Verrat übergang, antirevolutionär usw.

Soll die Reaktion geschlagen, dem Faschismus der Boden abgegraben werden, dann gilt es, von nun an bis zu den nächsten Reichstagswahlen, mit denen doch gleichzeitig die Wahlen zu den Landesparlamenten verknüpft sind, zielbewußt nach einer Stärkung der Arbeiterkampffront hinzutreiben.

Die deutsche Arbeiterbewegung unterscheidet sich sehr zu ihrem Ungunsten von der deutschösterreichischen, dort Geschlossenheit der Massen, bei uns klafft eine Lücke, von gefährlicher Agitation vertriebe Luft. So regt man nicht, so wird nicht aufgebaut, nicht Macht gesammelt.

Die Arbeiterschaft braucht Parlamentsstärke für alle ihre Forderungen, insbesondere für ihre wirtschaftlichen, und die Sicherung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften. Verfehrt wäre es indessen, alles vom Parlament zu erwarten. Die Gewerkschaften selbst müssen zu einem wirklichen Machtfaktor ausgestaltet werden, in viel höherem Maße, als sie ein solcher heute sind.

Das Kapital im Dienste der Verbraucher- und Gewerkschaftsorganisationen.

ff. Am Horizont der künftigen Wirtschaftsentwicklung zeichnet sich immer deutlicher die Linie ab, auf der das sozialistische Wirtschaftsprinzip seinem Ziele zutreibt. Die gemeinschaftliche Idee markiert nicht nur in Theorien, sondern auch auf dem Boden realer Tatsachen.

Das Bemerkenswerte in der neueren Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen bildet das Bestreben, ihre finanzielle Fundierung aus eigener Kraft zu bewirken. Die Gründung von Arbeiter-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbanken der Verbraucher hat in Deutschland und Oesterreich festen Fuß gefaßt; hier ausgehend von der Zielrichtung, den vorhandenen und neu ins Leben tretenden wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter und Verbraucher eine selbständige, vom privaten Bankkapital unabhängige Stütze zu geben.

Das trotzdem diese finanzielle Kräftezersplitterung kein wünschenswerter Zustand ist, braucht kaum gesagt zu werden, aber nach Lage der Dinge konnte diese Entwicklung leider nicht verhindert werden.

Indes ist nun in der Schweiz die Errichtung einer Genossenschafts- und Gewerkschaftsbank beschlossen worden, die die Aufgabe hat, sowohl den gewerkschaftlichen Aufgaben- wie den genossenschaftlichen Wirtschaftskreisen zu finanzieren.

Darauf ist es also zurückzuführen, daß mit dem Sitz in Basel die „Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften“ gegründet wurde. Ihre finanzielle Reichweite ist aus dem Bestand der Bankabteilung des schweizerischen Konsumvereinsverbandes zu beurteilen, welche Ende Dezember 1926 in Kontokorrent- und Depositionenlagen und Obligationen einen Geldverehr von rund 38 Millionen Schweizerfranken buchte.

Diese Zweckbestimmung bildet den entscheidenden Faktor derartiger Bankgründungen, die finanzielle Fundamentierung als finanzielle Sammelanstalt für die Spargelder und Vermögensanlagen von Millionen Gewerkschaftern und Genossenschaftlern und ihren Organisationen und Unternehmungen ist so in die Augen fallend, daß sie in der Tat von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gemeinwirtschaft angesehen werden müssen.

Kann der Versicherte zur Zahlung der Pauschalbeträge verurteilt werden?

Nach § 1803 der Reichsversicherungsordnung haben die Versicherungsnehmer im Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt für jede Spruchsache, an der sie beteiligt sind, eine Pauschalgebühr zu entrichten. Sie beträgt in der Regel 20 Mk. Eine gleiche Bestimmung ist getroffen für das Verfahren vor den Oberversicherungsämtern (§ 80 RVO.).

Das Reichsversicherungsamt hat diesen Antrag in einer grundsätzlichen Entscheidung abgelehnt (Ia 3277/26; Amtl. Nachr. 1927 S. 230 ff.) und dazu u. a. ausgeführt:

„Auf die Vorschrift des § 1802 RVO., wonach einem Beteiligten die Kosten des Verfahrens auferlegt werden können, die er durch Mutwillen, Verschleppung oder Irreführung veranlaßt hat, kann der Antrag der Beklagten nicht gestützt werden; denn als Kosten des Verfahrens im Sinne dieser Vorschrift können nur die besonderen Kosten gelten, die der Beteiligte durch Verschleppung usw. verursacht, nicht aber die Kosten der Gerichtshaltung. . . Vorliegend hat der Kläger aber außer den Kosten der Gerichtshaltung keine besonderen Kosten des Verfahrens veranlaßt. Die von der Beklagten dem Reiche zu entrichtende Gebühr ist auch nicht ein Ersatz besonderer Kosten des einzelnen Verfahrens, sondern ein Beitrag zu den Kosten der Gerichtshaltung, der in gleichmäßiger Höhe für jede zur Verhandlung kommende Sache ohne Rücksicht darauf erhoben wird, ob diese Sache im Einzelfall höhere oder niedrigere Kosten verursacht hat. . .“

Sicherungsgesamt zu entrichtende Gebühr dem Unterlegenen aufzuerlegen.

In einer weiteren grundsätzlichen Entscheidung vom 11. März 1927 (I B. 461/26 hat das Reichsversicherungsamt (Beschlußamt) noch ausgesprochen, daß die Oberversicherungsämter nicht etwa berechtigt seien, im Beschluß- oder Beschwerdeverfahren dem Beschwerdeführer auf Grund allgemeiner Verwaltungsgebührenordnungen eine Gebühr aufzuerlegen, mit der Begründung, daß die das Verfahren vor den Oberversicherungsämtern betreffenden Vorschriften, die als Reichsrecht dem Rechte der Länder vorgehen, keine Bestimmung enthalten, die die Auflegung einer solchen Gebühr zuließe.

Nundschau.

Die Autostraße Hamburg-Frankfurt-Basel. Auf der Internationalen Automobilausstellung in Köln wird das endgültige Projekt der Autostraße Hamburg (Bremen)-Frankfurt-Basel gezeigt. Die 888,55 Kilometer lange Strecke ist in vier Bauabschnitte eingeteilt. Die Gesamtbreite der Straße soll 9 bis 12 Meter betragen. Der kleinste Kurvenhalbmesser beträgt rund 500 Meter. Die Baukosten sollen im Gesamtdurchschnitt für die ganze Linie je Kilometer 289 400 Mk. betragen. Mitteln würde die Herstellung der gesamten Straße rund 155 Millionen Mk. kosten. Es besteht Aussicht, daß Teilstrecken dieser ersten längeren Autostraße alsbald in Angriff genommen werden.

Strassenbau und Leipziger Messe. Zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse (28. August bis 3. September) wird im Rahmen der Baumesse wieder eine Tagung für Strassenbau und Strassenverkehr stattfinden. Sie wird drei Tage, vom 31. August bis 2. September, dauern. Die wissenschaftliche Leitung der Veranstaltung liegt in Händen des Geheimen Regierungsrates Professor Dr.-Ing. Briz, Charlottenburg, Vorsitzenden der Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau, und des Ministerialrats Dr.-Ing. Speck, Dresden, Vorstandes der Strassenbau-Direktion im Sächsischen Finanzministerium. Auch Vorträge, gehalten von Wissenschaftlern, sind für den ersten Tag vorgesehen.

Der Ozeanflug — ein Sieg der Technik und der Kraft. Dem von schwedischen Eltern in Detroit geborenen Flieger Lindbergh ist es gelungen, in einem ununterbrochenen Fluge von 33 1/2 Stunden die Strecke Neuport-Paris zurückzulegen. Damit ist ein neuer Rekord aufgestellt. Die Technik sowie die sportliche Leistung sind um eine Ertragskraft reicher. Es war keine kleine Leistung, die dieser Flieger, allein auf sich angewiesen, vollbracht hat. Lindbergh ist nicht der erste, der über den Ozean geflogen ist. Aber bei früheren Versuchen mittels des Flugzeugs waren Zwischenlandungen notwendig, die zur neuen Proviandierung, zur Einnahme von neuen Brennstoffvorräten usw. dienten. Einem Zeppelinluftschiff gelang es bekanntlich vor einiger Zeit, den Ozean von Deutschland nach der Union in ununterbrochenem Fluge zu überqueren. Aber die Leistung des amerikanischen Fliegers besteht vor allem darin, daß er in einem verhältnismäßig kleinen Flugzeug die rund 6000 Kilometer lange Strecke in ununterbrochenem Fluge zurücklegen konnte. Der Flieger bewältigte je Stunde rund 180 Kilometer. Das ist ungefähr das Doppelte eines Schnellzuges. Einige Tage vor diesem Fluge haben bekanntlich zwei Franzosen, Kungesser und Goli, das gleiche versucht. Bis zur Stunde ist von ihnen keine Spur aufgefunden worden. Sie werden im weiten Ozean ihr Grab gefunden haben, als Märtyrer einer Sache, die wahrscheinlich in wenigen Jahren zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist.

Der Ozeanflug ist in erster Linie eine bewundernswerte menschliche Leistung. Denn in einer unbehaglichen Stellung mußte ein Mensch länger als 33 Stunden aushalten. Er durfte seine Maschine keinen Moment aus den Augen lassen. Er mußte an Hand der Orientierungsapparate jederzeit feststellen, daß er die richtige Richtung einhielt. Alle Schwierigkeiten wurden glatt überwunden.

Das Resultat dieses Fluges ist aber auch ein Sieg der Technik. Sie vermochte einen Motor zur Verfügung zu stellen, der nicht versagte. Es ist ein neuer Sieg des lebenden Menschen über die tote Materie. Zunächst wird der Flug Lindberghs ein großes Ereignis bilden. Aber in nicht allzu ferner Zeit wird die alte und die neue Welt in regelmäßigen Fluglinien miteinander verbunden sein. Vielleicht wird man dazu übergehen, auf dem Ozean Landungsstellen zu schaffen, die zur Aufnahme von Betriebsstoffen und Nahrungsmitteln dienen. Als Columbus auf seiner Rückkehr die erste Reife von Spanien nach dem damaligen unbekanntem Land antrat, war er Wochen und Monate unterwegs. Die modernen Seedampfer bewältigen diese Strecke heute in 6 Tagen. Lindbergh hat diese Zeit auf kaum 1 1/2 Tag herabgedrückt. So rücken die Erdteile immer mehr aneinander. Die Entfernungen verlieren ihre Schrecken. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo die Menschheit der kleinen Erde ein einheitliches Ganzes bildet. Der Flug Lindberghs ist die größte Propaganda für den internationalen Frieden und die Solidarität aller Menschen.

Mississippiüberschwemmung und Baumwollspekulation. Die steigende Flut des Mississippi, die zahlreiche Menschenleben vernichtet, zehntausende obdachlos gemacht und unübersehbare materielle Werte zerstört hat und noch weiter zerstört, bildet für die Baumwollspekulanten aller Länder den willkommenen Anreiz zum Herausstreifen der gesunkenen Baumwollpreise. Infolge der amerikanischen Ueberproduktion, besonders des letzten Jahres, waren die Baumwollpreise bekanntlich katastrophal gefallen, so daß die Regierung bereits die Einschränkung der Produktion erzwang. Nun sind die von der Ueberschwemmung des Mississippi besonders betroffenen Staaten Arkanias, Mississippi, Louisiana und Tennessee in erster Linie Baumwollkulturgebiete, die in den überschwemmten Teilen etwa 25 bis 30 Proz. der amerikanischen Baumwollenernte, im vorigen Jahr etwa 4,1 Millionen Ballen, produzierten. Von den 41 Millionen Acres (ein Acre = 4040 Quadratmeter) der amerikanischen Baumwollplantagen stehen mehr als neun unter Wasser. Vorsichtige Schätzungen zufolge wird die Vernichtung von Baumwollkulturen durch die Ueberschwemmung vielleicht 10 Proz. der gesamten amerikanischen Ernte ausmachen, doch lassen sich genaue Berechnungen noch nicht aufstellen, da man nicht weiß, wie weit es möglich sein wird, bei rechtzeitigem Rückgang der Flut die Felder noch in diesem Jahr anzubauen. Die Baumwollspekulation ist jedenfalls bereits eifrig bemüht, den Eindruck eines bedeutenden Ernteausfalls durch die Ueberschwemmung zu erwecken. Die Baumwollpreise, die bereits seit Januar dauernd stiegen, erhöhten sich seit Beginn der Ueberschwemmung sehr erheblich. Durch die andauernden spekulativen Preisschwankungen der Rohbaumwolle und die hieraus erklärliche Zurückhaltung der Käufer wird die Baumwollindustrie sehr stark beeinträchtigt.

Die Kosten der Erwerbslosigkeit von den Beiträgen gedeckt. Die Besserung der Arbeitslage hat auch eine beträchtliche Verminderung der Kosten für die Erwerbslosenfürsorge gebracht. Für die Woche bis zum 13. Mai berichtet das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz, daß für Mai die Beitragseinnahmen und ein Zuschuß der Ausgleichskassen in gleicher Höhe zur Deckung der Kosten genügen würden und Reichsmittel nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen. Von den übrigen Wirtschaftsbezirken des Reichs liegen ähnliche Feststellungen nicht vor. Wenn dies überall so ist, dann wäre der Zustand erreicht, daß die Kosten der Erwerbslosigkeit allein von den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden. Das Reich ist seinen Verpflichtungen, für die Erwerbslosen zu sorgen, entbunden. Das ist eine Feststellung, die zu beachten ist. Die Kosten der desorganisierten Wirtschaft müssen zum großen Teil in Gestalt von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge von den Arbeitern und Angestellten getragen werden. Die reichen Müßiggänger werden sich freuen, denn ihre Steuergelder werden nicht mehr zur Linderung der Erwerbslosnot herangezogen. Der Arbeiter wird sich freuen, daß er, neben den Beiträgen der Unternehmer, diese Last auf sich zu nehmen.

Gegen das Gewerbeberichtsgebot § 31. Ein mehr wie sonderbarer Fall spielte sich am 10. Mai 1927 vor der Spruchkammer Essen des Berggewerbeberichts Dortmund ab. Der Zehnwertreter K. verteidigte in der ersten Instanz die fristlose Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes. Die nächste Instanz behandelte eine Anfechtung der Anfechtungswahl zum Betriebsrat der Zeche Dahlbusch. Als Vertreter der Anfechtungsklage stand ein Mann vor Gericht, der allem Anschein nach nicht bis drei zählen konnte. Jedenfalls war zu entnehmen, daß ihm (und seinen Hintermännern?) es nicht gelang, daß ein Mitglied der AFA in den Betriebsrat hineingewählt worden war. Und nun kommt das Auffallende: Als der gute Mann sich helfen konnte, trat der vorher genannte Zehnwertreter an seine Seite und wollte als Mundanwalt für ihn auftreten. Der anwesende Vertreter der AFA erhob sofort energisch Protest, da es nicht angeht, in einer Sache als Arbeitgebervertreter vor Gericht aufzutreten und gleich hinterher als — Arbeitervertreter!

Der Gerichtsvorsitzende sah zunächst ganz erstaunt herein. Dann wollte er über den Protest zur Tagesordnung übergehen. Auf erneuten Einspruch hin zog er sich schließlich mit seinen Beisitzern juristisch und verknüpfte nach kurzer Beratung, das Gericht habe keine Bedenken, den Zehnwertreter K. als Arbeitervertreter zuzulassen. Tableau!

Eine wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich eine Entscheidung gefällt (Reichsverf.-Amt II. a. K. 169. 25.) die für die Versicherten in der Krankenversicherung sehr beachtlich ist. Nach den Satzungen einer Betriebskrankenkasse ist das Krankengeld vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit zu zahlen, falls die Krankheit länger als drei Wochen dauert. Ein Arbeiter, der vom 3. August bis zum 24. August krank gewesen war, klagte auf Grund der Satzungen der betreffenden Betriebskrankenkasse auf Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage, da er 22 Tage lang, also mehr als drei Wochen, krank gewesen sei. Beim Reichsversicherungsamt und Oberversicherungsamt war eine Einigung nicht zu erzielen. Das Reichsversicherungsamt erkannte, daß dem Arbeiter das Krankengeld für die ersten drei Tage nicht zustehe. Bei der Berechnung der Frist müßte gemäß § 124 der Reichsversicherungsordnung der Tag ausgeschieden, an dem die Krankheit eingetreten sei. Da der Kläger am 3. August erkrankt ist, die Krankheit bis zum 24. August gedauert hat und somit nur einen zur Anrechnung kommenden Zeitraum von drei Wochen umfaßt, so ist die Voraussetzung nicht erfüllt, unter der dem Kläger das Krankengeld nach der Satzung vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit zusteht. — Da solche Fälle des öfteren sich ereignen, wäre es gut, wenn die Arbeiter sich diese Entscheidung merken würden. Abgesehen davon erscheint uns diese Auslegung der Reichsversicherungsordnung sehr engherzig. Das geht auch schon daraus hervor, daß die beiden vorhergehenden Instanzen sich nicht einig werden konnten.

Bisher bestand noch kein Streit! Bei einer Verhandlung in einem größeren Tarifgebiet Westdeutschlands wurde die Eingruppierung einer Arbeitergruppe in die Lohnordnung beantragt, weil die einzelnen Unternehmer diese Leute vollständig willkürlich behandelten. Die Arbeitgeber lehnten den Antrag mit der Begründung ab, daß bisher über diese Frage noch kein Streit bestanden habe, d. h. dem Arbeitgeberverband wäre bisher keine Unzulänglichkeit gemeldet worden.

Es ist verständlich, daß die betreffenden Arbeiter zunächst mit ihren Beschwerden zu ihrer Organisation kommen. Das Beispiel zeigt aber, daß in jedem solchen Fall der Arbeitgeber auch gedrängt oder veranlaßt werden soll, seinerseits bei seinem Arbeitgeberverband auf Klarstellung der Verhältnisse zu drängen. Es ist typisch, daß bei Unklarheiten der Verträge zumeist die Arbeiter die Leidtragenden sind und damit auch die Beschwerdeführenden sind. Ein Zeichen mehr, daß von wahrer Gleichberechtigung bei Abschluß der Tarifverträge immer noch nicht gesprochen werden kann. Ein vernünftiger Arbeitgeber würde sich ebenfalls bemühen, derartige Differenzen, die schließlich doch auch den Betrieb beunruhigen, zu beseitigen. Solange das nicht geschieht, haben die Arbeiter alle Ursache, doppelt scharf auf die Beseitigung der auftretenden Mängel zu drängen.

Der Großhandelsindex steigt weiter. Die auf den Stichtag des 18. Mai berechnete Großhandelsindex zeigt ein weiteres Steigen. An der Steigerung sind fast alle Gruppen beteiligt. Am stärksten stieg wiederum die Gruppe Agrarstoffe. Um eine Ueberblick der Preisgestaltung in den letzten Wochen zu geben, bringen wir folgende Zusammenstellung:

	April	11. Mai	18. Mai
Agrarstoffe	135,2	138,9	140,0
Kolonialwaren	126,6	127,4	127,5
Industrierohstoffe und Halbwaren	129,9	131,0	131,2
Industrielle Fertigwaren	143,0	144,0	144,6
Gesamtindex	134,8	136,8	137,4

Die Agrarstoffe haben vom Monat April bis zum 18. Mai um beinahe 5 Punkte angezogen. Die Kolonialwaren weisen eine geringe Steigerung auf, ebenso die industriellen Rohstoffe und Halbwaren. Dagegen war die Preissteigerung etwas stärker bei den industriellen Fertigwaren. Bei den Agrarstoffen zeigen die Preise in letzter Zeit eine beträchtliche Steigerung. Aus der Steigerung für industrielle Fertigerzeugnisse geht hervor, daß die Rationalisierung in Deutschland sich vorläufig nicht in einer Preisentwertung bemerkbar macht. Dies ist eine außerordentlich bedeutende Feststellung. Aber auch die ganze Neigung der Großhandelspreise gibt zu Bedenken Anlaß.

Der Kampf gegen den Baustoffwucher. Erfreulicherweise wendet sich auch die breitere Öffentlichkeit nunmehr gegen die Gefahren, die der Bauwirtschaft vom Baustoffmarkt drohen. Auch die behördlichen Stellen des Reiches und der Länder scheinen sich jetzt zu rühren, der Teuerung der Baustoffe entgegenzutreten. Ueber die Entwicklung der Baustoffe gibt nachstehende Aufstellung Auskunft. Es kosteten:

	Suli 1914	3. Januar 1927	2. Mai 1927
1000 Mauersteine frei Kahn (Waggon) Berlin	18.50 Mk.	42.00 RM.	48.35 RM.
Hydraulischer Kalk, 50 kg ohne Sad frei Waggon	1.—	1.30	1.30
Zement, 100 kg ohne Verpackung frei Waggon	3.11	4.73	4.73
Dachpappe Nr. 100, 1 qm ab Fabrik	0.24	0.57	0.57
Hollerpappe Nr. 80, 1 qm Glas, rh. III/4b 60 cm, 1 qm frei Waggon Berlin	1.80	2.45	2.45
Ziegel, hohle, Biberhänwänne, 1000 Stück ab Werk	42-45	73.—	73.—
Ranholz, pro Kubikmeter frei Waggon Berlin	38.—	47.—	60.—
Schalbreiter, 18 mm, pro qm frei Waggon Berlin	0.60	0.80	1.—

In der Preissteigerung zeichnen sich besonders aus: Mauersteine und Ranholz. An den oben mitgeteilten Friedenspreisen ist zu erkennen, welche kolossalen Steigerungen bei den Ziegeln und Steinen zu verzeichnen waren. Sie haben sich gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt. Der Baustoffindex steht gegenwärtig auf 174; gegenüber dem Januar 1927 erfolgte eine Steigerung um 9 Punkte. Es wäre zu wünschen, daß die behördlichen Stellen sich nicht mit lendenlahmen Erklärungen zufrieden geben, sondern energisch zupacken. Unsere Hoffnungen sind hier allerdings nicht sehr hoch.

Ein Beschönigungsmittel des Brotwuchers. Die Getreidepreise haben in Deutschland eine ungeheure Höhe erreicht. Ein Doppelzentner Weizen kostete im Januar 1926 rund 25 Mk., Anfang Januar 1927 26.50 Mk. und Mitte Mai 31 Mk. In derselben Zeit entwickelten sich die Roggenpreise von 15 Mk., 23.50 Mk. auf 27.30 Mk. Die Roggenpreise haben sich also von Anfang des Jahres 1926 bis Mitte Mai dieses Jahres beinahe verdoppelt. Und in diesem Jahre ist bereits eine Steigerung von rund 4 Mk.

pro Doppelzentner eingetreten. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags zog aus dieser Lage die Konsequenz und beantragte die Aufhebung der Roggenzölle. Die gegenwärtige Reichstagsmehrheit lehnte diese Anträge ab und beschloß dafür, um wenigstens den Schein zu wahren, die Aufhebung der Einfuhrzölle bis zum 31. Juli 1927. Der gegenwärtige Reichsernährungsminister, Herr Schiele, hat diese Tat der Regierung als ein außerordentliches Entgegenkommen gegenüber der brotlosmühseligen Bevölkerung bezeichnet. Bekanntlich sind die Einfuhrzölle ein Exportzuschuß für Getreide aus den Kassen des Reiches. Sie passen zum deutschen Zollsystem wie die Faust aufs Auge. Die Aufhebung der Einfuhrzölle stellt aber lediglich eine schöne Geste dar, da der deutsche Getreidemarkt vollständig von Getreiden entblößt ist, mithin keine Vorräte zur Ausfuhr bereit stehen. Man kann mit Recht hinter diesem scheinbaren Entgegenkommen die Einleitung eines starken Vorkurses zur Erhöhung der Zölle vermuten. Nicht umsonst haben die Agrarier einen ihrer Führer in das Reichsernährungsministerium geschickt. Sie wollen von ihm Taten sehen. Schiele hat schon des öfteren gezeigt, daß er durchaus bereit ist, seinen Abhängensgenossen durch Erhöhung der Zölle entgegenzukommen. Aber noch eins ist hierbei der Erwähnung wert. Im Vorjahre wurde mit Reichsmitteln eine Getreideeinfuhrgesellschaft zur Stabilisierung des Roggenpreises gegründet. 30 Millionen Mark wurden dieser Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Obige Zahlen zeigen, inwieweit die Getreideeinfuhrgesellschaft willens und in der Lage war, eine Stabilisierung der Roggenpreise herbeizuführen. In der Reichstagszeit nach Pfingsten werden wir wahrscheinlich mit Anträgen der Agrarier zu rechnen haben, die Zölle für Getreide, Zuder, Mehl und Kartoffeln hinaufzusetzen und das Getreidefleischkontingent entweder zu beseitigen oder wesentlich zu vermindern. Es wird der ganzen Energie der parlamentarischen Körperschaften und darüber hinaus des gesamten nichtlandwirtschaftlichen Volkes bedürfen, um diese Angriffe abzuwehren.

Das Wahlgeheimnis bei der Betriebsratswahl. Nicht weit von Gelsenkirchen hat bei der diesjährigen Betriebsratswahl die freigewerkschaftliche Angestelltenliste in einem größeren Betriebe 41 Stimmen auf sich vereinigt, während die gegnerische Liste nur 28 Stimmen aufweisen konnte. Ob das dem gegnerischen Verband oder der Betriebsleitung nicht gepakt hat, jedenfalls wurde alsbald eine Liste mit einer „eidesstattlichen Erklärung“ im Betriebe herumgereicht, wonach alle diejenigen Angestellten ihre Unterschrift hergeben sollten, die die gegnerische Liste (also nicht die AFA-Liste) gewählt hatten. Unter dem Druck der Verwaltung wäre so das Wahlgeheimnis bald illusorisch gemacht worden, wenn nicht der AFA-Bund eingegriffen hätte. Er gab an seine sämtlichen Mitglieder sofort die Parole heraus, ungeachtet ihrer freigewerkschaftlichen Einstellung diese Erklärung ebenfalls zu unterschreiben! Dadurch kamen natürlich bedeutend mehr Unterschriften zusammen, als die Liste der gegnerischen Angestellten-gewerkschaft bei der Wahl Stimmen bekommen hatte.

Das sollte nun der Anlaß werden, gegen die Wahl eine Anfechtungsklage zu erheben. Als der Vertreter der AFA vor Gericht die oben vorgetragene Schutzmaßnahme erläuterte und erklärte, daß eine solche Vorstichmaßnahme notwendig sei, um das Wahlgeheimnis zu sichern — die privat abgegebene jedenfalls unter dem Druck von oben zustandekommene „eidesstattliche Erklärung“ vor Gericht kein Beweismaterial darstellen könne — zog die Gegenseite ihre Klage zurück.

Ob sie nun damit haushieren gehen werden, den Mitgliedern der AFA komme es auf einen Meineid mehr oder weniger nicht an?

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die Aussteller auf den deutschen Großmessen. Das Ausstellungs- und Messeamt der deutschen Industrie hat in Form einer Broschüre einen Beitrag zum Problem der Messestatistik und der Rationalisierung herausgegeben. Die Aussteller auf den deutschen Großmessen. Dem Heft sind Tabellen beigefügt, die den Ausstellern interessante Aufschlüsse sowohl über den Anteil der einzelnen Messen an der Gesamtzahl der Aussteller als auch über die Zahl der Aussteller der einzelnen Industriezweige, sowie im Zusammenhang damit über die Zahl der Aussteller innerhalb der Ausstellergattungen einzelner Branchen auf gewisse Messen zugewiesen oder zugunsten anderer Messen gewährt. Weitere Angaben über die örtliche Herkunft der Aussteller sind von Interesse für die Bewertung der internationalen Bedeutung der einzelnen Messen. Das Heft enthält außerdem einen Abriss der bekanntesten, vom Ausstellungs- und Messeamt der deutschen Industrie veröffentlichten, am Reichswirtschaftsministerium eingereichten Denkschriften, in der bezüglich der Abgrenzung zwischen den deutschen Messen untereinander der Standpunkt vertreten wird, daß Leipzig von der Praxis längst als zentrale Messe anerkannt und neben Leipzig eine weitere internationale und weitere technische Messe für die deutsche Wirtschaft nicht tragbar ist.

Die Leipziger Messe und ihre Organisation. Das Leipziger Messeamt hat eine Broschüre „Die Leipziger Messe und ihre Organisation“ herausgegeben, die in übersichtlicher Weise zusammenfassend alles das bringt, was dem Besucher über Messe und Messeamt zu wissen von Wert ist. Im ersten Teil wird die Ausstellergattungen nach ihrer Herkunft und der Betriebsform der einzelnen Firmen näher behandelt, ferner der Transport der Messen nach Eisenbahn-Kontrollbeständen und der Gepäcks- und Expressverkehr gabelmäßig nachgewiesen. Es folgen ausführliche Angaben über die Beteiligung der einzelnen Industriezweige, gegliedert nach ihren wichtigsten Herstellungsgebieten. Besondere eingehend werden dann die Messenpaläste und Messhallen nach Eigentümern, Ausstellungsfläche, Klassifizierung und Art der Messenlager behandelt. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der Verteilung der einzelnen Geschäftszweige auf die Messenpaläste ein. Der anschließende zweite Teil bringt die Organisation des Leipziger Messeamts selbst, die Namen der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates und des Arbeitsausschusses, die Gliederung des Messeamts nach den einzelnen Abteilungen und seine Selbstständigkeitsverhältnisse mit genauen Mitgliedslisten. Des weiteren werden folgende Punkte vom Messeamt gegliedert: Geschäftsverteilung, ferner Werbemittel, Leipziger Messe und Ausstellungs-Büro, Verlagsanstalt, ferner Messeamt, G. m. b. H. Eine eingehende Schilderung der Organisation der Leipziger Messe, G. m. b. H. Interessenten der Leipziger Messe e. V. mit ihrer der Bekämpfung der Preissteigerung und Preisausschläge und ferner der Schiedsstelle für Messen, welche die Streitigkeiten festsetzt, wird bei den Messenbesuchern besonderes Interesse finden. Am Schluß sind die 3 Grundgesetze des Messeamts: Satzung, Werbebeitragsordnung und Ordnung der Verteilung des Vorrechts in den Messeausstellungs-räumen wörtlich abgedruckt.

Dr. Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse. 300 Seiten Großformat. Mit Vorwort der Verfasserin. Preis kart. 6 Mk., Leinen 7 Mk. E. Laubische Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Als Angelica Balabanoff im März 1927 in Berlin gegen den Faschismus sprach, mußte von dem Vorsitzenden ihrer Versammlung im ehemaligen Herrenhaus auf Intervention des Auswärtigen Amtes Distanziertheit zugelassen werden! Keiner von den in Berlin weilenden Faschisten hat es gewagt, dabei etwas zu machen. Es muß also Frau Balabanoffs Kenntnis der Verhältnisse im Reich und des Faschismus überaus gründlich sein, was sie in ihrer Lebenserinnerungen erzählt, daher richtig, hat sie zumal in seinen Anfängen als hungernder Flüchtling in der Schweiz bis zu seinem Auscheiden aus der Redaktion des „Avanti“, des Zentralorgans der italienischen Sozialdemokratie, fast dauernd zur Seite gestanden hat. Ihre Charakteristik des Faschistenbewegungs beruht also auf genauer Kenntnis seines Entwicklungsganges und umreißt sein Bild mit einer Tatkraft, gegen die eine Polemik wirklich nur wie eine Entschuldigung wirkt. Doch sind Angelica Balabanoffs Erinnerungen nicht nur wegen der jüdischen Anprangerung des italienischen Faschistenführers wertvoll. Sie geben mehr, sie sind ein zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges, sie geben europäische Geschichte im Reflekt der sozialistischen Bewegung. Ueberaus aufschlußreich sind besonders die Abschnitte über die sozialistische Geheimpropaganda während des Krieges, über die Entstehung der Zimmerwald-Riental-Bewegung, die den meisten noch völlig unbekannt sein dürfte, und über die ersten Jahre der bolschewistischen Revolution. Raum eine Persönlichkeits- und sozialistische Internationale, von Bebel und Jaures, Rosa Luxemburg und Georg Plechanoff bis zu Lenin und Trotzki, fehlt in dem großen Reigen der Balabanoffschen Erinnerungen. Sehr viel bisher Unbekanntes aus der Geschichte der Kriegszeit wie der ersten Jahre Sowjetrusslands kommt zum Vorschein, immer gesehen durch ein Temperament, das intimes Wissen um das Geschehen in einer großartigen Ueberblick über die Gesamtentwicklung eines Lebensgebietes, der sozialistischen Bewegung, zu tauchen weiß. Alles in allem sind diese Erinnerungen ein Wert, der insbesondere für die europäischen Sozialisten und Politiker wichtiges, aufschlußreiches Studienmaterial bietet.

Das Einzelheft der „Urania“. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, kostet 40 Hg., der Abonnementpreis für die Ausgabe A (3 Hefte und eine broschürierte Buchbeilage) stellt sich pro Vierteljahr auf 1,60 Mk., für die Ausgabe B (3 Hefte und eine in Ganzleinen gebundene Buchbeilage) auf 2,25 Mk. Probehefte für Interessenten liefert die Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Sena. Im Heft 8 wird neben anderen wertvollen Artikeln die diesjährige Freiheitsbewegung in ihrem Ursprung behandelt durch die Schilderung der Entwicklung Sun Yat Sen's.

Sprachenspiele. De Inductus. eine Zeitschrift in Deutsch und Französisch, beide Sprachen rein und richtig nebeneinander gestellt, wird überall dort willkommen sein, wo Fortschritte schon vorhanden sind und das Bestreben besteht, sich in angenehmer Weise weiter zu unterrichten. Probeheft kostenlos durch den Verlag des „Trabucur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Lachen links.“ Republikanisches, politisch-jatrisches Witzblatt. Erscheint wöchentlich. Preis des Einzelhefts 20 Hg. Alle Postanstalten, Buchhandlungen und der Verlag S. W. Dieckhoff & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, nehmen Bestellungen entgegen.

„Fremdwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 30 Hg., mit Schnittmusterbogen 40 Hg. Verlag S. W. Dieckhoff & Co., Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Kulturzeitschrift.“ Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 30 Hg. Postankalten und Verlag S. W. Dieckhoff & Co., Berlin SW 68, nehmen Bestellungen an.